

Dezember 2023  
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

## Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

# VPOD

A close-up photograph of a hand holding a red envelope. The hand is positioned in the center, with the fingers gripping the top edge of the envelope. The background is a bright yellow horizontal band. The letters 'VPOD' are printed in large, bold, black font across this yellow band. The 'V' and 'P' are on the left, and the 'O' and 'D' are on the right. The red envelope is partially overlapping the 'O' and 'D'.

## Alles vom Kongress

Dandrès als Präsident gewählt, Prelicz-Huber stehend geehrt  
VPOD auf kämpferische Orientierung eingeschworen



**PREISE RAUF?**  
**LÖHNE**  
**RAUF!**

**Ich will VPOD-Mitglied werden!**

- Ich möchte dem VPOD beitreten.
- Ich interessiere mich für die Arbeit des VPOD und möchte mehr Informationen.

Vorname/Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Arbeitsort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Senden an: VPOD, Zentralsekretariat, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich, oder mailen an: [vpod@vpod-ssp.ch](mailto:vpod@vpod-ssp.ch)

## Themen des Monats

- 5 Huch, wir schreiben Gewinn!**  
Die Analyse der Kantonsfinanzen offenbart eine fatale Rechenschwäche – oder unsoziale Absichten
- 6 Anlegende Affen**  
Gutbesuchte Tagung des PK-Netzes mit einer Auslegeordnung der aktuellen Streitpunkte
- 7 (Vor)letztes Jahrhundert**  
Die Verkehrsunternehmen leiden unter Personalmangel – schlechte Arbeitsbedingungen sind der Hauptgrund
- 9 Links und unmodern**  
Adrian Knoepfli widmet dem Künstlerpaar Walter und Pia Roshardt-Meinherz eine Doppelbiografie
- 11 Der mit dem Knick**  
Fritz Leuthy, ehemaliger SGB-Sekretär und Sozialpolitiker, ist mit 92 Jahren gestorben
- 13–21 Dossier: 49.VPOD-Kongress in Locarno**  
Hitchcock lässt sich entschuldigen  
Verbleib im Premium-Segment  
Keine Zeit für Resolutionen  
Auf in den Kampf!  
und: Notizen aus der ersten Reihe

## Rubriken

- 4 Gewerkschaftsnachrichten**
- 10 Melinda Nadj Abonji: Geld – zehn Geschichten**
- 12 Aus den Regionen und Sektionen**
- 22 Wirtschaftslektion: Brachliegende Frauenpower**
- 23 Wettbewerb: Wer hat's erfunden**
- 24 VPOD aktuell**
- 25 Hier half der VPOD: Auf die Füsse gefallen**
- 26 Solidar Suisse: Schuften bis zum Umfallen in China**
- 27 Menschen im VPOD: Daniel Kaiser, Leiter Hausdienst und Technik, Primarschule Grünau, Zürich**

### Redaktion/Administration:

Postfach, 8036 Zürich  
Telefon 044 266 52 52  
Nr. 10, Dezember 2023  
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch  
Erscheint 10-mal pro Jahr



Christoph Schlatter  
ist Redaktor des VPOD-Magazins

## Protokoll der Hilflosigkeit

Es ist manchmal schwer, die richtigen Worte zu finden. Weil neben den Worten, die wir sagen, immer auch jene Worte stehen, die wir nicht sagen. Weil wir sie nicht sagen können. Weil wir sie nicht sagen wollen. Oder weil wir nicht sehen, dass auch sie gesagt werden müssten.

Was im Nahen Osten geschieht, wühlt uns auf. Was lässt sich sagen? Gibt es eine gute und eine böse Seite? Darf man vergleichen? Tote addieren? Tote aus der Vergangenheit? Wie weit zurück dann? Zwanzig Jahre? Neunzig? Oder zweitausend?

Man kann zunächst von der eigenen Hilflosigkeit sprechen. Ohnmächtig sehen wir die Bilder, ahnen die Schicksale. Wir wissen, dass die Beschädigung von Häusern und Seelen, dass all das Grauen und Sterben den Hass mehren wird. Dass Frieden oder auch nur Koexistenz mit jeder Granate und jedem Tag Geiselnhaft weiter in die Ferne rücken. Ins Unwahrscheinliche. Ins Unvorstellbare.

Wir verurteilen Gewalt. Gewalt gegen die Zivilbevölkerung. Gewalt gegen Gewaltlose. Das gilt eh und je, für Coventry und für Dresden, für Israel und Palästina. Frauen und Kinder sind zu schützen – Männer auch? Oder ist Gewalt gegen sie zulässig? Oder nur gegen hasserfüllte, fanatische? Oder gegen junge? Bis zu welchem Alter? Ist es erlaubt, Männer zur Gewalt zu verpflichten? Sie andere Männer töten zu heissen? Israel schickt auch Frauen in den Krieg. Und manchem toten Soldaten werden Spermien entnommen.

Darf man Leben, darf man Generationen opfern für eine Verheissung, eine Vision? Darf man sich bergen im Schutz ziviler Einrichtungen? Darf die andere Seite diese dann zum Ziel nehmen? In Aleppo? In Saporischschja? In Gaza?

Verstehen bedeutet nicht akzeptieren. Wer die Verzweiflung der Menschen in Gaza anerkennt und Israels Siedlungen im Westjordanland verfehlt findet, wer einen Staat Palästina als legitim erachtet, heisst Blutbäder und Gewaltexzesse der Hamas noch lange nicht gut.

Wer sich, auch mit Blick auf den Völkermord der Nazis, zum Existenz- und Verteidigungsrecht Israels bekennt, wer darauf beharrt, dass die Geschichte des jüdischen Staates mit den heute gängigen kolonialgeschichtlichen Narrativen nicht zu erzählen ist, billigt damit weder die Innen- noch die Aussenpolitik der aktuellen Regierung.

*Wir verurteilen die Gewalt der palästinensischen Seite, aber...*

*Wir verurteilen die Gewalt Israels, aber...*

In beiden Sätzen ist ein Widerhaken. Das Wort *aber*. Kann das weg? Es ist fast unmöglich, die richtigen Worte zu sagen. Alle notwendigen. Und keines zu viel.



## 20 000 Bauarbeiter verlangen mehr Wetterschutz

Die Baubranche boomt, der Termindruck ist hoch. Das führt dazu, dass Bauarbeiter oft bei extremen Witterungsbedingungen arbeiten müssen. Das Problem verschärft sich im Gefolge des Klimawandels; so nimmt die Anzahl extremer Hitzetage deutlich zu. Damit steigt auch das Unfallrisiko. Mit einer von der Unia initiierten Petition verlangen 20 000 Bauarbeiter jetzt einen besseren Schutz. Sie fordern, den Landesmantelvertrag und die SIA-Norm 118 zu respektieren, wonach witterungsbedingte Verzögerungen von der Bauherrschaft zu akzeptieren sind. Die Petition will auch eine klare Definition jener Witterungsbedingungen, die zwingend zur Einstellung von Arbeiten im Freien führen. | [slt/unia](#)

## Die Mieten laufen davon

Die Belastung der Haushalte durch die Mieten wird unerträglich, erst recht nach der erneuten Anhebung des Referenzzinssatzes. Die Mieten dürfen so um weitere 3 Prozent erhöht werden, und es ist wenig wahrscheinlich, dass sich die Immobilienverwaltungen bei der Überwälzung in Zurückhaltung üben werden. Die vom Bundesrat gemachten Vorschläge gehen zwar in die richtige Richtung, sind als Remedur aber zu zaghaft. Übrigens: Das Doppelreferendum gegen weitere unverschämte Pläne der Immobilienlobby ist bei Halbzeit bereits zustande gekommen. Der Mieterinnenverband sammelt aber weiter. | [sgb/slt](#) (Foto: [knowlesgallery/iStock](#))

*Die Immolobby wird immer dreister; so auch die Vermieterin dieses Etablissements.*

*Die SRG soll massiv sparen; das bedeutet: Sport wandert verstärkt ins Bezahlfernsehen.*

## Temporäre Mindestlöhne angehoben

Die Sozialpartner haben sich auf einen neuen GAV Personalverleih geeinigt, der die Mindestlöhne um 3,2 Prozent anhebt. Für die tiefsten Löhne sei der Teuerungsausgleich für die kommenden Jahre als Automatismus verankert worden, teilen Unia, Syna, der Kaufmännische Verband und die Angestellten Schweiz gemeinsam mit der Arbeitgeberseite mit. Nach wie vor erachtet es der VPOD allerdings als problematisch, dass bessere Branchen-GAV nicht automatisch wirksam sind, sondern nur dann, wenn sie im Anhang zum Personalverleih-GAV genannt sind. | [slt](#)

## BVG: Bundesrat privilegiert die Reichen

Der Bundesrat konkretisiert die Pläne, Gutverdienende mit ihrer sowieso bereits sehr komfortablen Altersvorsorge weiter zu privilegieren. Die Idee: Es soll künftig zulässig sein, auch rückwirkend in die Säule 3a einzuzahlen und entsprechende Steuerabzüge vorzunehmen. Eine Motion von Ständerat Erich Ettl (Mitte) ist der Ausgangspunkt für die vorgeschlagene Änderung; weil es sich um eine Verordnung handelt, kann der Bundesrat sie nach abgeleiteter Vernehmlassung selbst in Kraft setzen. Der SGB findet das sozialpolitisch deplatziert: Die Verkäuferin und der Briefträger können sich solche Einzahlungen nicht leisten, sie brauchen das Geld zum Leben. Dagegen erhalten die Reichen ein weiteres Werkzeug, das beim Steuern sparen gute Dienste leistet. | [sgb/slt](#)

## 1000 SRG-Jobs sind in Gefahr

Als Gegenmassnahme zur «Halbierungs-Initiative» will der Bundesrat die Haushaltsabgabe für den Rundfunkkonsum ebenfalls senken. Selbst wenn die Volksinitiative abgelehnt wird, soll das Budget der SRG um einen dreistelligen Millionenbetrag geschrumpft werden. Das hat massive Konsequenzen: für das Programm, das weniger attraktiv wird und das die Leute – etwa für Sportübertragungen – ins Bezahlfernsehen treibt, was sie unter dem Strich teurer zu stehen kommt, und für die Werbeeinnahmen der SRG, die mit zurückgehenden Zuschauerzahlen ebenfalls zurückgehen werden. Grosse Sorge hat die Mediengewerkschaft SSM um die Arbeitsplätze; voraussichtlich gegen 1000 Jobs sind in Gefahr. «Das Personal steht bereits heute massiv unter Druck und soll nun mit weniger Mitteln und Kapazitäten einen unveränderten Leistungsauftrag der SRG stemmen?» Diese Rechnung geht für SSM-Zentralsekretärin Silvia Dell'Aquila definitiv nicht auf. Man werde sich zusammen mit den Mitgliedern gegen diesen Abbau wehren. | [slt](#) (Foto: [zothern/iStock](#))

Die Analyse der Kantonsfinanzen offenbart eine fatale Rechenschwäche – oder unsoziale Absichten

# Huch, wir schreiben Gewinn!

**Die jährliche SGB-Analyse zu den Kantonsfinanzen zeigt auf, dass die Kantone nicht rechnen können oder absichtlich zu tief budgetieren. Trotz guter Finanzlage gibt es keine weitere Entlastung für jene, die unter den Krankenkassenprämien ächzen.** | Text: Reto Wyss, SGB-Zentralsekretär (Foto: Elena Delgano/iStock)

Für das kommende Jahr budgetieren zwar 17 von 26 Kantonen ein Defizit in ihrer Erfolgsrechnung, doch haben die vergangenen Jahre ausnahmslos gezeigt, dass sich dieses jeweils spätestens mit dem Rechnungsabschluss in ein komfortables Plus verwandelt. Die Kantone budgetieren chronisch zu pessimistisch, wobei sie sich mit den neusten Rechnungsabschlüssen sogar noch stärker verrechnet haben als zuvor. Diese jeweils «überraschenderweise» erwirtschafteten Überschüsse sind problematisch, weil das Geld so für sinnvolle und nötige Ausgaben – Bildung, Gesundheit, Langzeitpflege – nicht zur Verfügung steht, sondern in den nutzlosen Vermögensaufbau fliesst.

Allein mit den Rechnungsüberschüssen hätten die Kantone ihre letztjährigen Ausgaben für die Prämienverbilligung mehr als verdoppeln können. Sie haben es nicht getan, und es droht noch Schlimmeres: Der SGB-Analyse ist zu entnehmen, dass die Kantone im Durchschnitt für das nächste Jahr einen Anstieg ihrer Ausgaben für Prämienverbilligungen von lediglich 2,8 Prozent vorsehen. Damit bleiben sie weit hinter dem erwarteten Prämiensprung von 8,7 Prozent

zurück (das Bevölkerungswachstum nicht eingerechnet). Was dies für Haushalte mit mittleren und tiefen Einkommen bedeutet, ist klar: Sie werden zusätzlich einen überproportionalen Anteil der gestiegenen Gesundheitskosten selbst tragen müssen – Kosten, die sie meist gar nicht selbst verursacht haben, wie Obsan-Zahlen zeigen.

## Alte, untaugliche Rezepte

Anstatt also die Prämienverbilligungen zu erhöhen, planen nicht wenige Kantone Steuersenkungen im nächsten Jahr: In Bern, Basel-Stadt, Waadt, Wallis, Zug und Zürich sollen Unternehmen und vor allem wohlhabende Haushalte bei den Einkommens- und/oder Vermögenssteuern entlastet werden. Das ist volkswirtschaftlich falsch und gesellschaftlich unsozial. Falls dann aufgrund der Steuersenkungen irgendwann doch das Geld wieder fehlt, kommt der nächste Hammer. So geschieht es aktuell in den Kantonen Jura und Tessin, wo die Bevölkerung brachiale Sparpakete verkraften muss. Für die nächsten Jahre haben auch Glarus, Schwyz und Thurgau Ausgabenkürzungen ins Auge gefasst.

Von grosser langfristiger Bedeutung ist die Investitionspolitik der Kantone: Im nächsten Jahr sollen die budgetierten Nettoinvestitionen im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 Prozent beziehungsweise 108 Millionen Franken abnehmen, besonders stark in St.Gallen, Luzern und im Wallis. Diese Entwicklung ist besorgniserregend. Einerseits ist der Investitionsbedarf sehr gross, andererseits sind die Voraussetzungen für die Finanzierung – hohes Nettovermögen, tiefe Zinsen – immer noch sehr günstig. Was heute die Investitionsrechnung entlastet, wird morgen in Form von fehlenden Schulhäusern, Heimplätzen oder Bushaltestellen wehtun. So einfach ist das.

## Die Spaltung nimmt zu

Eine weitere ungute Entwicklung lässt sich am Ressourcenindex ablesen, der den relativen Wohlstand der Kantone abbildet. Dort sieht man eine Zunahme der Unterschiede. 2019 war der Kanton Jura mit 65,2 Prozent des Durchschnitts das Schlusslicht, der Kanton Zug führte die Tabelle mit 247,7 Prozent an. 2023 liegt das Wallis mit identischen 65,2 Prozent zuhinterst, Zug ist auf 267,5 Prozent hochgeschneit. Die reichen Kantone werden also immer reicher – und können es sich trotz Finanzausgleich leisten, ihr Steuerpotenzial nur zu geringem Teil auszuschöpfen. Auch diesbezüglich haben die Extremwerte zugenommen.

Fazit: In einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld sind die Kantone finanziell weiterhin äusserst komfortabel aufgestellt. Diese Ausgangslage müssen sie für eine Ausgaben- und Investitionspolitik im Sinne der Bevölkerung nutzen. Denn diese hat bei den Ausgaben ebenfalls keine Wahl: Seien es die Prämien, die Mieten, die Lebensmittel, der Strom oder der öffentliche Verkehr – alles kostet im nächsten Jahr deutlich mehr.

*Da müssen wir noch etwas üben: Die Kantone und ihre Finanzhaushalte.*



Gutbesuchte Tagung des PK-Netzes mit einer Auslegeordnung der aktuellen Streitpunkte

# Anlegende Affen

Die CS-Übernahme, die misslungene BVG-Reform und die Verwirklichung der Sozialpartnerschaft in Sammelstiftungen waren Themen an der Tagung des PK-Netzes. Zu reden gab auch ein unverständlicher Ukas der OBERAUFSICHTSKOMMISSION OAK. | Text: PK-Netz (Foto: lisegagne/iStock)



*Ob Affen die besseren Anleger wären? Das PK-Netz erörtert auch solche Fragen.*

Der Nachmittag stand im Zeichen der Finanzanlagen. Stefan Leins ist Ethnologe und forscht über Kulturen der Ökonomie – auch bei Schweizer Grossbanken. Gemäss seiner Beobachtung folgen Märkte nicht Logiken, sondern Geschichten, Narrativen. Die Hauptbeschäftigung der Finanzanalytistinnen und -analytisten bestehe in der Entwicklung schlüssiger Zukunftsszenarien. Die Daseinsberechtigung der Berufsgruppe stellt Leins nicht in Frage. Aber er empfiehlt eine gesunde Skepsis gegenüber Beraterinnen und Beratern aller Art.

## Expedition ins Tierreich

Zwei Referate mit Diskussion betrafen Infrastrukturanlagen. Stiftungsrätinnen und Stiftungsräte in Anlageausschüssen müssen Chancen und Risiken abwägen. Lässt sich so die Energiewende vorantreiben? Zum Abschluss standen die Auswirkungen der CS-Übernahme zur Debatte. Die Vormachtstellung der UBS wurde beim Depotbankgeschäft als Problem genannt. Man war sich aber einig, dass die UBS diese Position nicht ewig halten werde. Die Diskussion beim Apéro kreiste ergebnisoffen um die Frage, ob Affen die besseren Finanzanalysten wären.

Das PK-Netz, das 17 Mitgliederverbände und eine halbe Million Versicherte repräsentiert, ist das wichtigste Netzwerk von Arbeitnehmenden in der beruflichen Vorsorge. 160 Stiftungsrätinnen und Gewerkschafter kamen an die Tagung nach Bern, die vom SGB-Präsidenten Pierre-Yves Maillard fulminant eröffnet wurde. Er zeichnete den Weg vom Sozialpartnerkompromiss bis zur heutigen BVG-Reformvorlage nach – und zeigte, wie eine valable Lösung im parlamentarischen Prozess zerpfückt wurde.

deren Heterogenität. Wo muss die Aufsicht verschärft, wo die paritätische Führung verbessert werden? Die Gewerkschaften sehen vorab bei den SGE im «freien Markt» Handlungsbedarf, da dort Strukturen und die Konkurrenz um Versicherte einer guten sozialpartnerschaftlichen Führung im Weg stehen. Auch die OBERAUFSICHT möchte den Wettbewerb eindämmen. Mit der kürzlich publizierten Mitteilung hat sie indes das Kind mit dem Bade ausgeschüttet (siehe Kasten).

## Ungerechtes Bürokratiemonster

Auch im Panel wurde die BVG-Vorlage kritisch beurteilt. Problematisiert wurde etwa der unverhältnismässige bürokratische Mehraufwand. Aber auch materielle Vorbehalte wurden angebracht: Einige Versicherte erhalten Kompensationen für Rentenverluste, die sie gar nicht erleiden, andere werden für vorausschauendes Handeln bestraft. Der Fokus auf Sammel- und Gemeinschaftsstiftungen (SGE) ergab sich aus der Realität: Rund drei Viertel der Versicherten sind heute in solchen Organisationen. Unbestritten ist

## Die OBERAUFSICHT tut das Falsche

Der Titel war unscheinbar: «Mitteilung OAK BV M 02/2023: Leistungsverbesserungen bei Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen». Die OBERAUFSICHT will verhindern, dass sich Sammelstiftungen durch zu risikoreiches Gebaren einen Wettbewerbsvorteil verschaffen; sie schränkt daher unter Zuhilfenahme von Art. 46 BVV2 die Verzinsung der Altersguthaben bei nicht voll geäußerten Wertschwankungsreserven ein. Die Absicht mag richtig sein, das Mittel unangemessen, finden uniso-

no die Verbände PK-Netz, Interpension und SKPE. «Operation gelungen, Patient gestorben», kommentiert sogar der Asip. Die Vorschrift hat zur Folge, dass Kassen ihre selbst festgelegten Leistungsziele nicht realisieren können, und sie bewirkt im Umfeld steigender Zinsen eine unerträgliche Verzögerung, die sogar den schieren Werterhalt der angesparten Kapitalien gefährdet. Im November haben sich die Verbände mit der OAK getroffen, die das Geschäft erneut traktandieren will. | vpod

Die Verkehrsunternehmen leiden unter Personalmangel – schlechte Arbeitsbedingungen sind der Hauptgrund

# (Vor)letztes Jahrhundert

Von Fahrplanausdünnungen bis hin zur Einstellung ganzer Linien: Städtische Verkehrsbetriebe haben immer mehr Mühe, ihre Leistungen zu erbringen. Der Grund? Personalmangel. Oder eher: Arbeitsbedingungen aus dem letzten Jahrhundert. | Text: Micha Amstad, VPOD-Zentralsekretär (Foto: ETH-Bibliothek und Anna Rudin, VPOD)

Bereits Ende 2022 mussten die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) eine ganze Tramlinie – den Fünfföhner – temporär einstellen. Jetzt die nächste Hiobsbotschaft: Auf allen Tram- und einigen Buslinien wird das Angebot reduziert: Abends gilt ein Viertelstundentakt. Ähnliches in Luzern, wo eine Buslinie zeitweise gestrichen werden muss. Diese einschneidenden Massnahmen seien aufgrund der angespannten Personalsituation unausweichlich, heisst es. Aus dem gleichen Grund drohen auch in anderen Schweizer Städten solche Konsequenzen.

*Die Arbeitsbedingungen haben mit der technischen Entwicklung nicht Schritt gehalten: Rössliträm in Zürich um 1890...*



sowie eine verbesserte Dienstplanung, die ein vernünftiges Sozial- und Familienleben ermöglicht. Zudem müssen die Städte bei der Verkehrsplanung den öffentlichen Verkehr und die Fahrdienstmitarbeitenden mitbedenken. Also: Stressoren beseitigen! Den Verkehr entwirren! Vermehrt eigene Spuren und Trassees für Bus und Tram schaffen!

## Stolz und Überzeugung

Ein zuverlässiger und stark ausgebauter öffentlicher Nahverkehr ist das Rückgrat unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Möglich macht dies das Personal der Nahverkehrsbetriebe, das uns mit seiner täglichen Arbeit

von A nach B bringt. Die Nahverkehrsleute sind stolz auf ihren Beruf und erbringen ihre Leistung mit Überzeugung. Aber alles lassen sie nicht mit sich machen: Für faire Arbeitsbedingungen werden sie auf die Barrikaden gehen.

## Volle Schublade?

Überraschend sind diese Entwicklungen für uns als Gewerkschaft keinesfalls. Schon seit Jahren warnt der VPOD die Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs, ohne effektive personalpolitische Massnahmen werde künftig nicht ausreichend Fahrpersonal zu finden sein. Die Schublade mit den Bewerbungen sei voll, hiess es dann jeweils. In der Retrospektive sehen wir, dass unsere Einschätzung die richtige war. Um aus dem Schlamm zu kommen, wollen die Betriebe jetzt in die Ausbildungsoffensive gehen. Schön und gut – aber für die Behebung der strukturellen Personalprobleme wird das nicht genügen. Wenn verhindert werden soll, dass die frisch Ausgebildeten die Branche in Kürze wieder verlassen, müssen die Arbeitsbedingungen deutlich verbessert werden.

Ein Blick auf die aktuellen Verhältnisse in der Branche zeigt, dass sie aus dem vergangenen Jahrhundert stammen: Dienstschichten von bis zu 14 Stunden sind die Regel. Bei der Dienstplanung wird auf Kosten der

Erholungszeit des Fahrpersonals gespart, Ruheschichten werden auf 9 Stunden reduziert. Gleichzeitig nimmt der Stress im Strassenverkehr zu. Und die Löhne stagnieren seit Jahren; an gewissen Orten kam es zu Reallohnverlust.

## Unternehmen in der Pflicht

Aus diesen Gründen – die Liste liesse sich noch beliebig fortsetzen – fordert der VPOD die Verantwortlichen zu wirksamen Massnahmen auf. Die Unternehmen selbst, aber auch die Kantone und der Bund als Leistungsbesteller und Finanzgeber müssen reagieren. Den öffentlichen Nahverkehr attraktiver zu machen und damit auch einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, bedeutet in erster Linie, das Personal gut zu behandeln und dessen Arbeitsbedingungen ans 21. Jahrhundert anzupassen.

Konkret braucht es eine starke Anhebung der Löhne, eine Arbeitszeitreduktion auf 38 Stunden pro Woche, die 5-Tage-Woche

... und Kundgebung in Bern 2023.



## Erfolgreicher Streik in Freiburg

Mit einem Streik haben die Beschäftigten des Kinder- und Jugendamtes des Kantons Freiburg die Verantwortlichen an den Verhandlungstisch zurückgeholt. Seit Jahren beklagen die Mitarbeitenden eine übermässige Arbeits- und Fallbelastung, die weit über den Empfehlungen der Konferenz für Kinder- und Erwachsenenschutz liegt. Mit so vielen Mandaten ist die verantwortungsvolle Führung der Dossiers – immerhin geht es um Kinder und Jugendliche in schwierigen Situationen – schlicht nicht mehr möglich. Trotzdem sind die Beschäftigten mit ihrer Forderung nach ausreichender Personalausstattung bisher aufgelaufen; auch für das kommende Jahr sollen lediglich 8 weitere Stellen geschaffen werden – statt der 23, die es eigentlich bräuchte. Der Staatsrat hat angesichts der Entschlossenheit der Streikenden seinen Kurs korrigiert – von anfänglicher Gesprächsverweigerung hin zur Aufnahme von Verhandlungen. | vpod (Foto: Eric Roset)



## Starkes Zeichen in St.Gallen



Der geplante Kahlschlag bei den St.Galler Spitälern stösst auf Widerstand. An einer Demonstration fanden sich 3000 Menschen auf St.Gallens Strassen ein – Spitalangestellte und Solidarische, die gegen die geplanten Massentlassungen protestierten. «Es braucht alle!», war die meistkandierte und meistgehörte Parole. Ein Spital besteht nicht nur aus Ärztinnen und Ärzten, es braucht ebenso die Pflege, das Labor, die Administration, die Reinigung, die Küche. Gemeinsam kämpfen die Betroffenen für die Rücknahme der absurden Massnahme: 440 Stellen bei den Spitälern St.Gallen abbauen zu wollen. Die Beschäftigten laufen doch schon heute am Limit und sind durch Corona und den andauernden Personalmangel ausgelaut. Für eine gute Gesundheitsversorgung braucht es Personal; das müsste eigentlich auch in der Ostschweiz verständlich sein. Und zwar genug davon. Und gut ausgebildetes. | vpod (Foto: David Sommer)

Adrian Knoepfli widmet dem Künstlerpaar Walter und Pia Roshardt-Meinherz eine Doppelbiografie

# Links und unmodern

**Sie zeichneten hinreissend! Trotzdem ist Adrian Knoepflis «Zwei Leben für die Kunst» die erste biografische Annäherung an das Zürcher Zeichnerpaar Walter und Pia Roshardt-Meinherz. Weil sie, trotz linker Gesinnung, nicht zur künstlerischen Avantgarde gehörten?** | Text: Christoph Schlatter (Bilder aus dem Buch)

Für einmal war es die Frau, die von einem Paar die grössere Breitenwirkung hatte: Pia Roshardt-Meinherz erreichte als Illustratorin hohe Auflagen – mit Kinderbüchern wie «Familie Mungg» oder «Stüffels Abenteuer» und vor allem mit Bänden aus dem Silva-Verlag. Dort erschienen von 1957 bis 1998 «künstlerisch und erzieherisch wertvolle Bilderwerke». Die Illustrationen wurden separat gegen Konsummarken abgegeben; Generationen von Kindern haben sich abgemüht, sie an richtiger Stelle und einigermaßen gerade einzukleben.

## Frühe linke Grüne

Bücher wie die von Pia Roshardt bebilderten («Kakteen», «Sukkulente» und «Aus unserem Wald») standen einst in fast jeder Wohnwand. Noch prominenter wurde ein seinerzeit allgegenwärtiges Naturschutzband-Plakat mit dem Aufruf «Schützt unsere Pflanzen». Adrian Knoepfli, der sich nicht als Kunst-, sondern als Wirtschafts- und Sozialhistoriker sieht, ordnet ein: «Die frühen Umweltschützer waren oft bürgerlicher Provenienz, während die Arbeiterbewegung lange Fortschritt und Wachstum ... in den Vordergrund stellten.» Die Roshardts waren beides: Pioniere des Landschafts- und Naturschutzes – und engagierte Linke.

Derweil war die *künstlerische* Ausrichtung der beiden unmodern. Auch Walter Roshardt verweigerte sich der Abstraktion und bestand in der Tradition Dürers oder Rembrandts auf dem Figürlichen. Zu seinen besten Arbeiten gehören Literaturillustrationen: zu Andersen, Dickens, Gogol, Lagerlöf oder Tolstoi. Als Lehrer an der Kunstgewerbeschule Zürich trug er den Übernamen «Busenfreund», weil er am (weiblichen) Akt festhielt. Dass dieser konservative Ansatz mit «der von ihm so ger-

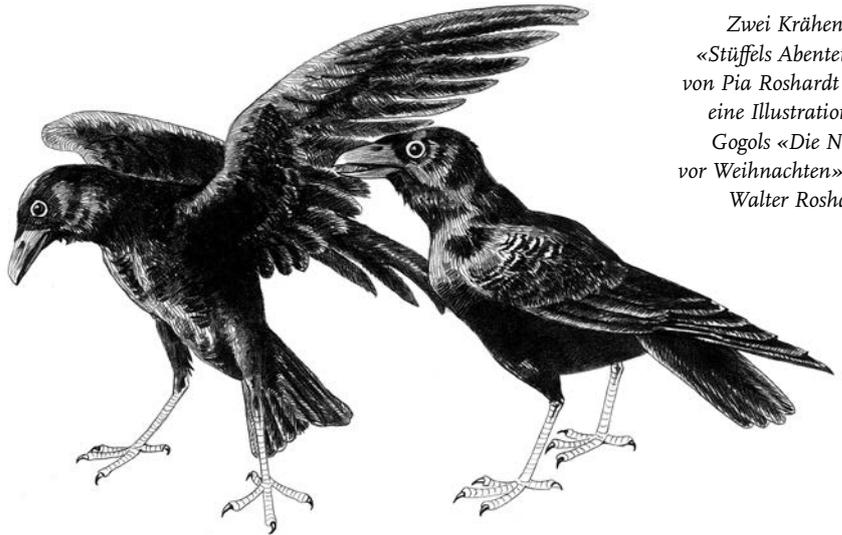
ne betonten revolutionären Einstellung» in einem gewissen Widerspruch stand, wurde schon zeitgenössisch registriert. «Fortschrittlich» war man – oder jedenfalls *er*, Walter – in Beziehungsfragen. Jahrelang lebte er mit Ehefrau Pia und mit Gertrud Kasser-Bühler in einem Ménage à trois, über den offenbar nicht alle Beteiligten gleichermassen beglückt waren.

## Bekannt mit Brecht und Bringolf

Trotz der sozialistischen Gesinnung der Roshardts gab es erstaunlich enge personale Bande bis in den Zürcher Goldküstenfreisinn hinein. Ganz andere Namen stehen für die Berliner Zeit (1921 bis 1924) des jungen Künstlerpaars: Belegbar sind Kontakte zu Käthe Kollwitz, Ernst Lubitsch, Bertolt Brecht und Kurt Weill sowie die Mitwirkung im russischen Exilcabaret «Blauer Vogel». Später gehörten zum Beispiel der

Cellist Pau Casals und der Schaffhauser Beinahe-Bundesrat Walther Bringolf zum Freundeskreis der Roshardts. – Wie alle Bücher aus dem Hier-und-jetzt-Verlag ist auch dieses schön gemacht. Eine Zeittafel und ein Personenregister können in der zweiten Auflage noch hinzugefügt werden.

Adrian Knoepfli: Roshardt und Roshardt. Zwei Leben für die Kunst, Zürich (Hier und jetzt) 2023. 271 Seiten, 75 Abbildungen. 36 CHF.



Zwei Krähen aus «Stüffels Abenteuer» von Pia Roshardt und eine Illustration zu Gogols «Die Nacht vor Weihnachten» von Walter Roshardt.



## Ab 2024 schreibt hier Dragica Rajčić Holzner

Mit den heutigen Texten endet die zweijährige «Amtszeit» von Melinda Nadj Abonji als Kolumnistin im *VPOD-Magazin*. Nadj Abonji, die als Angehörige der ungarischen Minderheit in der Wojwodina (Serbien, damals Jugoslawien) zur Welt und als 5-Jährige in die Schweiz kam, ist Trägerin des Deutschen und des Schweizer Buchpreises (beide 2010 für «Tauben fliegen auf»), des Schillerpreises der Zürcher Kantonalbank (2018) und des Erich-Fried-Preises (2022). Sie ist auch als Performerin mit Musik und anderen Musikerinnen unterwegs und mischt sich aktiv in aktuelle politische Debatten ein. Ihr dritter Roman, «Schildkrötensoldat», erschien 2017. Auf die nächste grosse Publikation darf man gespannt sein – immerhin hat die Autorin eine weitere «Vertragsverlängerung» beim *VPOD-Magazin* mit der Begründung abgelehnt, sich 2024 einer ausgedehnten Arbeit widmen zu wollen.

Als Nachfolgerin schreibt an dieser Stelle ab Februar mit Dragica Rajčić Holzner eine weitere Autorin mit Wurzeln im ehemaligen Ju-



goslawien, also mit Migrationshintergrund oder – wie man heute sagt – internationaler Geschichte. Dragica Rajčić Holzner ist in Kroatien aufgewachsen und kam 1978 – mit 19 – zum ersten Mal in die Schweiz. 1988 kehrte sie in ihr Heimatland zurück, von wo sie aber 1991 wegen der Jugoslawienkriege fliehen musste, die drei kleinen Kinder im Gepäck. Schon bei ihrem ersten Schweiz-

Aufenthalt begann sie, die zuvor in der Muttersprache geschrieben hatte, deutsche Texte zu verfassen. Der Erstling «Halbgedichte einer Gastfrau» spielt – genau wie die folgenden («Lebendigkeit Ihre zurück» und «Nur Gute kommt ins Himmel») – mit Unschärfen und unerwarteten Assoziationen einer spät erworbenen Zweitsprache.

In den Nullerjahren mehrfach längere Aufenthalte in den USA. Der bisher letzte Roman «Liebe um Liebe» erschien 2022. Für die Kolumnen im *VPOD-Magazin* hat Dragica Rajčić Holzner, die in und zwischen Zürich, Tirol und Kroatien lebt, den Arbeitstitel «Von Büchern und Menschen» gewählt.

| slt (Foto: Florian Bachmann)

## Melinda Nadj Abonji Geld – zehn Geschichten

### 9 Geldwelt

Geld stinkt. Stimmt nicht. Geld stinkt nicht. Geld allein macht nicht glücklich. Ohne Geld bist du arm dran. Ohne Schulden kein Geld. Wer hat, dem wird gegeben. Wer nichts hat? Dem wird genommen.

### 10 Mirella Rampazzini und KLF

Im Dorf mit dem niedrigen Steuerfuss dachte ich ab und zu an den Garten meiner Grossmutter, meine dreckigen Zehen und die Überzeugung, dass ich eine Königin bin, ganz einfach deshalb, weil ich es mir grossartig einbildete; nicht einmal eine Krone hatte ich dazu gebraucht – so wie der Steuerfuss im Goldküsten-Dorf eben kein echter Fuss zu sein brauchte, damit er der absolute Lieblingsfuss der Reichen war. Vaffanculo, es ist schon eine krasse Frechheit, dass sich die reichen Pinkel so aufspielen, sagte Mirella Rampazzini, meine Freundin, die älter war und von Gesetzes wegen zu den Armen gehörte; ich war ihr Fan, weil sie lauter pffif als die Jungs und weil sie sich, wie ich, in die Gedanken hineinsteigerte; sie pffif aber nicht nur laut, sondern dachte auch laut, und einer nervte Mirella ganz besonders, Römer! Schau ihn an, der hält uns für blöd mit seinen abgewetzten Hosen, seinen Schlabbri-Pullovern und ausgelatschten Converse! Und weisst du, wo er wohnt? Am Hügel oben, in einer Hütte, da bleibt dir der Spoiz weg. Krasser als Peter? Viel krasser! und Mirella pffif mit vier Fingern, das seien eben die Heuchler, die tun so, als wären sie arm, aber weisst du, was die garantiert sind? Geizig! Und Mirella schupfte einen Satz nach dem andern und immer schneller aus ihrem Mund – die Römer-Reichen sind darauf aus, brutal reich zu

sein, also so reich, dass sie gar nicht mehr wissen, wohin mit ihrer Kohle. Aber du, du und ich, wir sind ja nicht blöd, nur weil sie uns für dumm verkaufen, sind wir nicht dümmer, und nur weil einer reich ist, ist er nicht gescheiter, und ganz schön fies ist, dass ein hässlicher Reicher sich schön fühlt, weil er sich alles kaufen kann, so ein Betrüger! sich sogar eine kaufen kann, die jung ist und eine echte Schönheit! ciao amore, nicht mit mir! – Sag doch was, rief Mirella, pffif durch die Finger, und mir war warm und ganz schwindlig, und ich musste Mirella sagen, dass sie die Klügste ist und eine Wucht, dass sie wahr und sehr schön gesprochen hat. Aber das ist es ja! und Mirella fuhr sich durch die Fransen, es reicht nicht, wenn du etwas tschäggsch, es muss mehr sein, wie ein Pffif, der in die Luft zischt und weit weg fliegt, du, so weit, wie du gar nicht denken und fühlen und deine Gedanken nicht mehr einfangen kannst! Sìiiiiii ...

Jahre später, mindestens zehn Jahre später, als ich längst nicht mehr an der Goldküste lebte, las ich von einer Band namens KLF, die auf einer schottischen Insel eine Menge Geld verbrannt hatte, 1 000 000 Pfund in 50er-Scheinen! Warum, darüber wurde eifrig spekuliert, und Mirella Rampazzini, die ich inzwischen aus den Augen verloren hatte, pffif sich mir null Komma plötzlich in Erinnerung, tschäggsch, genau das ist es, das vergisst du nicht, nie wieder! die haben nicht nur das Feuer verändert, sondern auch die Million, sìiiiiii ... für immer!



Melinda Nadj Abonji  
ist Schriftstellerin  
und Musikerin

Fritz Leuthy, ehemaliger SGB-Sekretär und Sozialpolitiker, ist mit 92 Jahren gestorben

# Der mit dem Knick

Der Weg des SBB-Stationsbeamten Fritz Leuthy führte über die Arbeiterschule ins SGB-Sekretariat, wo er bei der Ausgestaltung der AHV eine wichtige Rolle spielte. Jetzt ist er, 92-jährig, gestorben.

| Text: Hans-Jakob Mosimann, ehemaliger VPOD-Zentralsekretär (Foto: Schweizerisches Sozialarchiv)



Fritz Leuthy hat die Schweizer Sozialversicherungen nachhaltig geprägt.

Fritz Leuthy war beim SGB – unter anderem – der «Mister Sozialversicherungen» und vertrat die Gewerkschaften in allen entsprechenden Gremien. Da ich in dieser Zeit als Verbandssekretär (heute: Zentralsekretär) beim VPOD für die Thematik zuständig war, hatten wir recht oft miteinander zu tun, etwa in der Sozialpolitischen Kommission des SGB oder im damaligen Verwaltungsrat der Suva, wo er die Gruppe der Arbeitnehmendenverbände anführte.

## Meisterhafter Taktiker

1988 erteilte der VPOD-Kongress den Auftrag, eine Volksinitiative zur Schaffung einer «Volkspension» zu lancieren. Dies nach recht heftigen Diskussionen, denn unter «Volkspension» konnte man durchaus auch die Abschaffung der zweiten Säule verstehen, was die Mitglieder mit gut ausgebauten Pensionskassen nicht die beste aller Ideen fanden. Zur Realisierung des Projekts wur-

de eine Arbeitsgruppe gebildet, zu deren Mitgliedern vernünftigerweise auch Fritz Leuthy gehörte. An den ersten Sitzungen hat er dann aber regelmässig (entschuldigt) gefehlt. Später hat er mir das so erklärt: Er habe zuerst schauen wollen, wohin die Reise geht. Bei einem ernsthaften Versuch, die zweite Säule zu liquidieren, hätte er nicht mitgemacht. Taktik musste man ihm also wahrlich nicht beibringen, die beherrschte er meisterhaft.

Zum Inhalt der 1991 eingereichten Initiative «zum Ausbau von AHV und IV» trug Fritz Leuthy entscheidende Elemente bei. Vorgesehen war zum einen eine deutliche Anhebung der AHV-Renten (um die Hälfte bei der Mindestrente und gut einen Viertel bei der Höchstrete),

verbunden mit einem Gesetzgebungsauftrag, für entsprechende Entlastung der Versicherten im Rahmen der beruflichen Vorsorge zu sorgen – unter Wahrung der von ihnen erworbenen Rechte. Kurz: ein Ausbau der AHV und eine deutliche Gewichtsverlagerung von der zweiten hin zur ersten Säule. Das Vorhaben ist dann 1995 in der Volksabstimmung gescheitert – mit nur 27,6 Prozent Ja-Stimmen deutlich.

## Bis heute wirksame Verbesserung

Das andere Element, das der Kollege in die Initiative einbrachte, war jedoch von nachhaltiger Wirkung und ist unter Insidern als «Leuthy-Knick» bekannt. Diese Anpassung der Rentenformel war nicht nur Bestandteil der Initiative, sondern wurde 1993 mit leicht anderen Zahlen als vorgezogener Teil der 10. AHV-Revision zum noch heute geltenden Recht. Die Höhe der AHV-Rente hängt bekanntlich, abgesehen von den Beitrags-

jahren, vom erfassten durchschnittlichen Jahreseinkommen ab. Beträgt es (derzeit) 14 700 Franken, resultiert die Mindestrente von (derzeit) 1225 Franken pro Monat. Ab einem jährlichen Einkommensschnitt von 88 200 Franken erhält man die Maximalrente von 2450 Franken.

Dazwischen hing der Rentenbetrag vor Einführung des Leuthy-Knicks direkt und linear von der Einkommenshöhe ab. Die à la Leuthy abgeänderte Rentenformel bewirkt seit 1997, dass der Rentenbetrag bis zur Mitte zwischen Minimal- und Maximaleinkommen (nämlich bis zu einem Durchschnittseinkommen von 44 100 Franken) überproportional, darüber dann etwas weniger steil ansteigt. In der grafischen Darstellung ergibt das einen Knick – und in der Realität gegenüber früher eine Leistungsverbesserung für Versicherte mit niedrigen Einkommen.

## Kein Erbarmen am Jasstisch

Fritz Leuthy war, wie das Beispiel zeigt, ein Pragmatiker, und zwar ein erfolgreicher. An der in Auftrag gegebenen und später chancenlosen Volksinitiative des VPOD hat er loyal und konstruktiv mitgearbeitet. Das aber, was davon politisch realisierbar war und was eine konkrete soziale Verbesserung bewirkte, brachte er auf Gesetzesebene in die Vorbereitungen zur 10. AHV-Revision ein. Und es gilt noch heute. – Der Kollege kannte sich übrigens noch in anderen Sparten bestens aus: Am Rande der Suva-Verwaltungsratssitzungen blieb manchmal Zeit für einen kleinen Jass. Einmal machte ich dabei auch mit. Und kam recht unsanft auf die Welt, denn ich traf auf drei Profis, die ein atemberaubendes Tempo anschlugen und (meine) Fehler nur wenig goutierten. Jassen konnte Fritz also auch, besser als mir lieb war.



*Oberwinterthur, Oberseen... und auch die Löhne gehen bei Stadtbus Winterthur nach oben.*

*Karin Keller-Sutter – hier in Verhandlung mit Christof Jakob vom VPOD – lässt derweil den Reallohn sinken.*



9 Monaten des Jahres). Aber ihr Bodenpersonal will sie an diesem Erfolg nicht beteiligen. Die Lohnverhandlung mit den Sozialpartnern, darunter der VPOD, blieb ohne Abschluss. Nicht besser lief es bei Swissport: Auch dort führte die vorenthaltene Reallohnanpassung zum Abbruch der Verhandlungen. «Wenn wir nur 80 Prozent der Teuerung erhalten, dann erhält die Firma eben auch nur 80 Prozent unserer Leistung», kommentierte ein Mitglied. Dabei bräuchte Swissport gerade jetzt 150 Prozent, denn ihr fehlt Personal; der Betrieb wird nur durch den übermässigen Einsatz der Beschäftigten aufrechterhalten. Bereits stauen sich wieder die Koffer. Vielleicht verweist man zu Weihnachten besser nur mit Handgepäck? | slt

### Tausende gegen Sparpolitik im Tessin

In Bellinzona sind Tausende einem Aufruf des VPOD und anderer Verbände gefolgt und haben gegen die von der Regierung vorgesehenen Sparmassnahmen demonstriert. Insbesondere die 2-prozentige Lohnkürzung für Einkommen oberhalb von 60 000 Franken und der mangelhafte Teuerungsausgleich stossen auf Widerstand. Gegen das «Morisoli-Dekret» wollen die Gewerkschaften auch auf juristischem Weg vorgehen. Auch in Lausanne und in Genf gab es Demos des Kantonspersonals für den Erhalt der Kaufkraft. | vpod

### Gescheiterte Lohnverhandlungen an Spitälern...

Die Lohnverhandlungen mit dem Kantonsspital Baselland (KSBL) sind ebenso gescheitert wie diejenigen mit den Aargauer Spitälern. Wie schon letztes Jahr wollte das KSBL nur einen Bruchteil der Teuerung ausgleichen. Auch im Aargau bot man lediglich 0,5 Prozent an. Das unzureichende Angebot der Häuser stösst bei den Arbeitnehmendenverbänden auf grosses Unverständnis; in Baselland ist der Gang vors Schiedsgericht geplant. | vpod

### ...beim Bund...

Trotz einer von den Personalverbänden eingereichten Petition mit 8974 Unterschriften sind auch die Lohnverhandlungen für das Bundespersonal ergebnislos abgebrochen worden. Finanzministerin Karin Keller-Sutter ist nicht bereit, den vollen Teuerungsausgleich, wie vom VPOD gefordert, zu gewähren. Nach drei Verhandlungsrunden lagen die Positionen von Arbeitgebern und Arbeitnehmenden noch immer so weit auseinander, dass eine Einigung nicht möglich war. Der Bund wird die Lohnmassnahmen jetzt einseitig festlegen. Das wird ihn auf dem ausgetrockneten Arbeitsmarkt aber nicht attraktiver machen. | slt (Foto: vpod)

### ... und für das Bodenpersonal im Luftverkehr

Zwar hat die Fluggesellschaft Swiss die Corona-Zeit längst hinter sich gelassen (616 Millionen Franken Gewinn schon in den ersten

### Mehr Lohn beim Winti-Bus – und zwar rückwirkend

Bei Stadtbus Winterthur kann man sich über mehr Lohn freuen – und zwar rückwirkend ab Juli. Grund dafür ist eine Klausel im GAV des Zürcher Verkehrsverbundes, die fürs Fahrpersonal einen durchschnittlichen Mindestjahreslohn vorschreibt. In Winterthur war diese Grenze unterschritten, so dass die Anpassung quasi automatisch erfolgt. Zufrieden ist VPOD-Regionalsekretär Mattio Mandaglio noch nicht, denn Stadtbus biete auch bei anderen Kriterien weniger als andere Verkehrsbetriebe. So gilt in Winterthur die 42-Stunden-Woche, und einen Nachtzuschlag gibt es erst ab 22 Uhr (statt, wie anderswo, ab 20 Uhr). Bei der Suche nach (derzeit rarem) Personal sind das gewichtige Nachteile. | slt (Foto: Stadtbus)

### Pensionskasse Winterthur erhält endlich Geld

Ein langes Ringen hat ein vorläufiges – gutes – Ende gefunden: Die Pensionskasse der Stadt Winterthur, die seinerzeit mit zu geringen Reserven in die Selbständigkeit entlassen wurde, erhält von der Stadt die nötigen 120 Millionen Franken. Letztlich muss das Stimmvolk über das Sanierungsmodell entscheiden, das im Gegensatz zu früheren Vorschlägen auch Rückzahlungen der Kasse an die Stadt vorsieht, wenn deren Deckungsgrad 105 Prozent übersteigt. | slt

# Stab- und Stimmungswechsel: Das Wichtigste in Kürze

Höhepunkt des VPOD-Kongresses 2023 in Locarno war die Wahl von Christian Dandrès zum neuen Präsidenten und der Abschied von Katharina Prelicz-Huber, der Bisherigen. Das verabschiedete Kongresspapier verpflichtet den VPOD auf einen kämpferischen Kurs. | Text: Christoph Schlatter (alle Fotos auf dieser und den folgenden Seiten: Eric Roset)

## Anträge zur Bewegungsführung

Bei den Anträgen zur Bewegungsführung wich der Kongress von der zuvor verfolgten Linie ab, den Arbeitgeber voranzutreiben und so Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeber voranzutreiben und so jenes Wachstum zu generieren, das auch den personellen Ausbau ermöglicht. Die Schaffung der Stelle einer Jugendsekretärin auf Verbandsebene wurde am Samstagvormittag noch verworfen, am Nachmittag sprach der Kongress dann aber, von einzelnen emotionalen Voten hingerissen, 160 zusätzliche Stellenprozente für die feministische und die Migrationsarbeit.

## Wahlen

Nach dem Rückzug von Natalie Imboden war das wichtigste Traktandum Formsache: Christian Dandrès wurde in Locarno einstimmig zum neuen Präsidenten des VPOD gekürt. Die scheidende Katharina Prelicz-Huber erhielt minutenlangen Stehbeifall. Zu einer Kampfwahl kam es dennoch: Die französischsprachige Schweiz hat zwar Anspruch auf eine 3-köpfige Vertretung im Landesvorstand, aber 2 der Sitze sind wegen der Quote für Frauen reserviert. Den Männersitz eroberte Gumersindo «Gumer» Gomez Gil (Waadt) gegen Christian Luisier (Freiburg). In der Deutschschweiz folgt Lelia Hunziker (Aargau/Solothurn) auf Evelyne Bucherer Romero (Zürich). Generalsekretärin Natascha Wey und die bisherigen Zentralsekretärinnen und Zentralsekretäre wurden bestätigt – die neuen sind Micha Amstad, Fabio Höhener, Viviane Hösli, Tanja Lantz und Xenia Wassihun.

## Kongresspapier

Das Positionspapier, über das sich zuvor schon das Zentralsekretariat, der Landesvorstand und die Delegiertenversammlung gebeugt hatten, passierte den Kongress ohne Änderung der Kernaussagen. Es stellt das Ruder auf einen kämpferischen Kurs, der sich nicht mit Besitzstandwahrung begnügt. Gerade durch die aktive Bewirtschaftung von Konflikten vor Ort soll der VPOD erstarren.

## Statutenanträge

Grössere Umbauten bei den Statuten waren nicht beantragt; kleinere Anpassungsanträge verfolgten in erster Linie ein Sparziel. Die Verkleinerung des Kongresses auf 200 Delegierte (heute: 300) wurde dabei ebenso verworfen wie der Wechsel auf einen 5-Jahres-Rhythmus (heute: 4 Jahre). Dagegen entschied sich der Kongress für ein Minimum von nur noch 2 Delegiertenversammlungen im Jahr (bisher: 4). Weitere Versammlungen können bei Bedarf angesetzt werden. Die Mitgliederbeiträge bleiben entgegen einem Antrag aus der Waadt an den Index gekoppelt; der Austritt aus dem VPOD ist neu auch auf Mitte Jahr möglich – wie bisher mit halbjähriger Kündigungsfrist.

## Gäste und Rahmenprogramm

Für einen starken Moment sorgte Christina McAnea, Vorsitzende der britischen Servicepublic-Gewerkschaft Unison. Ihr Bericht über den Kampf des Gesundheitspersonals im Vereinigten Königreich enthielt Beispiele für extreme Staatsbürokratie: In Grossbritannien ist die Lizenz zum Streiken an penible Vorschriften gebunden. Aber die Kollegin übermittelte

auch den Spirit, den die Arbeitsniederlegung in den Kliniken und bei den Sanitätsdiensten ausstrahlte. Weitere Höhepunkte waren die stark politische Rede des SGB-Präsidenten Pierre-Yves Maillard und die zwischen Kämpferintum und leiser Resignation schwankenden literarischen Betrachtungen der Schriftstellerin Annette Hug.



Die Verbandsghremien – einschliesslich Präsidiuim – sind neu bestellt, allerdings bleiben Sitze frei

# Hitchcock lässt sich entschuldigen

Christian Dandrès war der einzige Anwärter fürs Präsidiuim. Etwas Spannung schufen zwei Kandidaten, die beide den welschen Männersitz im Landesvorstand anstreben: Gumersindo Gomez Gil gewann.

Aufgefrischt präsentiert sich das Zentralsekretariat. | Text: Christoph Schlatter

Kein Hitchcock: Das gewichtigste Spannungselement war diesem Kongress schon im Oktober abhandengekommen. Mit ihrer Abwahl aus dem Nationalrat hat Natalie Imboden ihre Kandidatur fürs Verbandspräsidiuim zurückgezogen. Christian Dandrès, SP-Nationalrat aus Genf, musste also nicht zittern. Dass er sein neues Amt mit derart imponierendem Vertrauensvorschluss – 227 befürwortende, keine einzige Gegenstimme, lediglich 2 Enthaltungen – antreten kann, ist dennoch eine schöne Sache. Das eindeutige Votum verdankt er seiner Antrittsrede, die keinen Zweifel daran lässt: Dieser Kollege sieht das Mandat beim VPOD nicht als hübsche Arrondierung seines Portefeuilles. Nein: Dieser Kollege kämpft mit Herzblut für die Sache der Lohnabhängigen im Service public und für den Service public selbst.

## Einheit statt Spaltung

Auch «Götti» Vincent Bircher von Dandrès' Heimsektion Genf unterstrich das unbestreitbare Engagement, den klaren Kompass und die starke Verankerung des Kandidaten im VPOD. Dieser selbst wechselte nach wenigen Sätzen auf Deutsch (das er – versprochen! – verbessern wolle) in seine Muttersprache. Wie schon im Interview mit dem *VPOD-Magazin* betonte Christian Dandrès die Bedeutung des Bündnisses zwischen Konsumierenden und den Beschäftigten des Service public. Und er unterstrich die Wichtigkeit des Arbeitnehmerschutzes und der Gewerkschaftsfreiheit – Anliegen, die er als Anwalt auch in Strassburg verfehlt. «Sie bauen auf Angst und auf Konkurrenz, sie spalten und teilen – nach Generation, nach Geschlecht, nach Herkunft, nach Wohnort. Wir stellen dem die Einheit und die Solidarität gegenüber», sagte der Kollege.

Mit der Wahl war – logisch – auch der Abschied von der bisherigen Präsidentin verbunden. Katharina Prelicz-Huber wurde von «ihren» Vizes besungen. Die Ehemalige Regina Stauffer schilderte die erste Begegnung: «An das Thema des gewerkschaftlichen Bildungsanlasses erinnere ich mich nicht mehr, wohl aber an den kraftvollen Auftritt der späteren Präsidentin.» Ihr Präsidentinnenamt habe Katharina Prelicz-Huber dann geradezu ideal ausgefüllt, so Stauffer: durch kämpferische Reden an Demos und dito Präsenz am Fernsehen sowie durch konstruktives Wirken im Innern. Cora Antonioli, amtie-

rende Vizepräsidentin, machte kein Hehl aus ihrer Abneigung gegen Politikerinnen und Politiker, welche die Gewerkschaft lediglich zur Karriereförderung benutzen. Katharina Prelicz-Huber gehöre definitiv nicht zu dieser Sorte. Ebenfalls positiv: Sie sei des Zweifels sehr wohl fähig gewesen, aber habe auch diejenigen aufzumuntern gewusst, die allzu sehr zweifelten.

## Die Rührung der Katharina P.

Auch Natascha Wey ehrte Katharina Prelicz-Huber, die angesichts



Gerührt:  
Katharina  
Prelicz-Huber.



Bejubelt:  
Christian  
Dandrès.



Der neue Landesvorstand (v.l.): Christian Dandrès (Präsident), Bernd Rosenkranz, Cora Antonioli, Lelia Hunziker, Barbara Jörg, Gumersindo Gomez Gil, Vanessa Kaeser König, Aldo Zwikirsch.

des minutenlangen Beifalls eines stehenden Saales sichtbar gerührt war. Zuvor hatte sie sich selbst als Laudatorin betätigen müssen: Es galt, die aus dem Landesvorstand scheidende Evelyne Bucherer Romero zu würdigen: als eine vielfältig engagierte Kämpferin, Politikerin, Berufsfrau und als kritische Jüdin, die einen regelmässigen «Weiberschabbes» ins Leben gerufen hat und die trotz aktuell gegenteiliger Entwicklung auf eine beidseits gerechte Friedenslösung im Nahen Osten hofft.

Hervorgehoben wurde auch, dass Bucherer Romero Probleme nicht unter den Teppich zu kehren pflegt, sondern sie in einer achtsamen und menschlichen Weise anspricht.

Obwohl für 3 freie Sitze im Landesvorstand 3 Kandidaturen vorlagen, konnten nur 2 Mitglieder ins Gremium gewählt werden. Der dritte Sitz des französischen Sprachgebiets bleibt wegen der Quote für eine Frau reserviert, die bis dato zwischen Saane und Rhone unauffindbar blieb. Unbestritten war die Wahl von Lelia Hunziker (Region Aar-

gau/Solothurn) als neues Deutschschweizer Mitglied im LV. Die Kollegin stellte sich als überaus linke, sehr kämpferische und enorm kompromisslose Frau vor, räumte dann aber kulant ein, dass auch sie zuweilen Hand zu einer Einigung in der Mitte zwischen zwei Positionen bieten könne. Im «richtigen» Leben ist Lelia Hunziker Geschäftsführerin der FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration.

### Leere Stühle

Um den welschen Männersitz balgten sich – immerhin spannungsfördernd – Christian Luisier (Region Freiburg) und Gumersindo Gomez Gil (Region Waadt), mithin zwei Vertreter aus Aufbau- und Wachstumsregionen und -branchen des VPOD. Luisier ist Sozialpädagoge in einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung, präsidiert die VPOD-Region Freiburg und ist Mitglied der DV. «Gumer» Gomez Gil ist gebürtiger Spanier und männliche Hebamme im Lausanner Universitäts-

hospital. Beide positionierten sich für eine hartnäckige und tatkräftige Gewerkschaft. Die geheim durchgeführte Wahl ergab ein deutliches Votum zugunsten des Waadtländer Kandidaten: Gomez Gil erhielt 128 Stimmen, Luisier 95. Die weiteren Mitglieder des Landesvorstands kennen den Laden bereits: Cora Antonioli (Vizepräsidentin), Barbara Jörg, Vanessa Kaeser König, Bernd Rosenkranz und Aldo Zwikirsch.

Einstimmige Unterstützung (1 Enthaltung) ergab die In-corpore-Wahl der Zentralsekretärinnen und -sekretäre. In Lausanne wirkt in den nächsten vier Jahren die bisherige Equipe mit Michela Bovolenta, Philippe Martin, Beatriz Rosende Carobio und Agostino Soldini. In Zürich erhalten die verbliebenen Christoph Schlatter und Jorge Serra Verstärkung von Micha Amstad, Fabio Höhener, Viviane Hösli, Tanja Lantz und Xenia Wassihun.

Auch Natascha Wey als Generalsekretärin erhielt vom Kongress ein Vierjahres-Mandat. Nur mit Mühe gelang die Besetzung anderer Verbandsorgane: Die theoretisch 7-köpfige Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission besteht aus 3 Deutschschweizern, auch das Verbandsschiedsgericht ist nicht voll besetzt und sprachregional unausgeglichen. Von einer Frauenquote sehen die Statuten für diese beiden Gremien, die nur beschränkt Ruhm versprechen, ohnehin ab.

Das neue Zentralsekretariat (v.l.): Jorge Serra, Tanja Lantz, Viviane Hösli, Agostino Soldini, Michela Bovolenta, Micha Amstad, Xenia Wassihun, Philippe Martin, Beatriz Rosende, Fabio Höhener, Christoph Schlatter, Natascha Wey (Generalsekretärin).



**AUFRUNDUNG** ♦ Felix Gnehm von Solidar Suisse stellt die internationale Arbeit seiner Organisation vor. Die mit Cash und per Twint gefüllte Topfkollekte bringt 2979,80 Franken ein, die vom VPOD erst auf 3000 aufgerundet und dann auf 6000 verdoppelt werden.

**BERICHTIGUNG** ♦ Eine sehr politische Rede liefert SGB-Präsident **Pierre-Yves Maillard** ↓. Er will die Abstimmung über die 13. AHV-Rente gewinnen – mit Unterstützung des VPOD. Die gleiche Formation soll auch die verfehlte BVG-Reform und die skandalöse Silberschmidt-Initiative bodigen. Maillard macht klar, wie verlogen das verbreitete bürgerliche Demografie-Narrativ ist. 1948, beim Start der AHV, seien 6 Aktive für 1 Rente aufgefunden, heute liege das Verhältnis bei 3:1? So wird es uns vorgebetet. Ist aber Chabis! Der Fehler in dieser Berechnung liegt darin, dass alle Erwachsenen im Erwerbsalter als Erwerbstätige gezählt sind. Auch 1948 bestand die Bevölkerung aber zur Hälfte aus Frauen, die zwar viel arbeiteten, aber selten für Lohn. 80 Prozent der Frauen waren damals nicht erwerbstätig, so



dass der korrekte Quotient Erwerbstätige/AHV-Rentner schon im Jahr 1948 ungefähr bei 3½:1 liegt. Quod erat demonstrandum.

**BEWEGUNG** ♦ Der Kongress **tanzt** ↓ auch diesmal wieder. DJ Valentina Pomodoro legt



dem Vernehmen nach bis gegen 4 Uhr morgens auf.

**BEZEUGUNG** ♦ Eindrücklich sind die kurzen Intermezzos, in denen Mitglieder von ihren Kämpfen berichten. Besonders eindrücklich sind die Zeugnisse aus den unteren Lohnklassen. Beispielsweise der FaGe in Genf: Laurentina Cristina Vais erzählt von der ebenso mustergültigen wie erfolgrei-



2008 bis 2022, der auf diese Weise geradezu ostentativ seinen Rückzug ins zweite Glied signalisiert. Dafür ist Gigers Vorgängerin unter den Gästen: Doris Schüepp, die, wenn man die in ihrer Amtszeit (1994 bis 2007) gegen sie vorgebrachten Bösartig- und Niederträchtigkeiten in die Rechnung

nimmt, ausgesprochen gut und charmant und überhaupt nur sehr leicht gealtert ist.

## Notizen aus der ersten Reihe

chen Bestrebung ihrer Berufsgruppe, im Lohngefüge aufzusteigen. **Venhar Ramadani** ↗ ist Gepäckarbeiter bei Swissport in Zürich und hat dort mitgeholfen, den Vor-Corona-GAV zurückzuholen. Und VPOD-Sekretär Jamshid Pouranpir hat mit seinen Leuten den Flughafen Genf lahmgelegt, zum ersten Mal in der Geschichte und just zu Beginn der Sommerferien.

**EHRUNG** ♦ Eine stille, würdevolle Viertelstunde ist die Totenehrung. Der Kongress



gedenkt der Verstorbenen der letzten Jahre, darunter die ehemaligen Zentral- bzw. Verbandssekretäre Gody Kessler, Willy Pouly, Jean Queloz und Urs Wüthrich und die erste Präsidentin des VPOD, **Ria Schärer** ↑.

**ERFAHRUNG** ♦ Grosser Abwesender ist Stefan Giger, VPOD-Generalsekretär von

**ERHEBUNG** ♦ In erster Linie mit dem Ziel, eine allfällige Frauenuntervertretung am Redepult belegen zu können, wird an diesem Kongress erstmals die Redezeit nach Sprache und Geschlecht erhoben. «Genderwatchprotokoll» nennt sich das neudeutsch. Fazit: Die Geschlechter schenken sich nichts. Die Redezeit der Basismitglieder wird zu 50,4 Prozent von Frauen, zu 49,4 Prozent von Männern beansprucht. Ein krasses Ungleichgewicht zeigt sich aber bei den Sprachregionen. Die Romandie nimmt mit 65,3 Prozent fast zwei Drittel der gesamten Basisredezeit in Anspruch; der Deutschschweiz bleiben 29,6, den Italienischsprachigen 5,1 Prozent.

**ERHOLUNG** ♦ Die Neat ist kaputt. Und auch beim Tagungsort kam Unvorhergesehenes dazwischen: Hagelschlag hatte die ursprünglich vorgesehene Palexpo-Halle vorübergehend unbrauchbar gemacht. Die Ausweichstätte Palacinema ist dafür zentral gelegen und versprüht einen gewissen Glamour. Zudem macht das Tessin seinem Beinamen «Sonnenstube» alle Ehre, so dass auch Nichtrauchende zur Pause vor die Tür treten. In der Deutschschweiz soll es derweil schiffen. Recht so.

**ERMUTIGUNG** ♦ 2021 wurde sie als erste Frau an die Spitze von Unison, der grössten Gewerkschaft des Vereinigten Königreichs, gewählt: **Christina McAnea** ↑. Kurze Zeit danach wurde sie zur Anführerin des grössten Streiks, den das britische Gesundheitswesen je erlebt hat. Und noch



etwas später folgt die Reise in die Schweiz – als Gastreferentin zum VPOD-Kongress. Von der Corona-Pandemie ausgelagt, von Personalmangel gebeutelt, von massivem Reallohnverlust erbittert und von einem Premierminister ohne Sensorium für das

Wichtige veräppelt, hatten die Angestellten des National Health Service NHS die Nase

voll. 2022/23 kam

der «Winter des

Unmuts». Den

Höhepunkt

erreichte der

Streik von

Pflegekräften

und Rettungs-

diensten im Fe-

bruar dieses Jah-

res. Die Kollegin

berichtet mit char-

mantem schottischem

Englisch und mit einer

Mischung aus Feuer und Mütterlichkeit von den ungeheuren Herausforderungen, die mit dem letztlich erfolgreichen Arbeitskampf verbunden waren. Zum einen bestehen in England bürokratische Hürden für einen Streikbeschluss, zum anderen rissen die gewerkschaftsfeindlichen Angriffe nicht ab. Und sehr bald ging es auch darum, das Streikrecht als solches zu verteidigen. Dabei handelte Unison mit grosser Umsicht, so dass die unmittelbar überlebensnotwendigen Dienste jederzeit verfügbar waren. Solidarität und Entschlossenheit vermitteln auch die von McAnea gezeigten Fotos mit dem hundertfachen Appell an Premier Sunak: «If Rishi did his job, we could do ours.»



Literatur, mit dem sie den Kongress bezaubert. Es kommen aber nicht ausschliesslich pathetische Worte vor, sondern auch drastische (etwa «Himmel, Arsch und Zwirn»).

Es gibt eine Verschränkung gewerkschaftlichen Aufbegehrens a) im Frankreich von 1868 und b) in der Schweiz des 21. Jahrhunderts – ein Preislied auf kollektive Kraft und Intelligenz. Nicht ohne das Eingeständnis, dass auch die andere Erfahrung existiert: «Blöde Zerwürfnisse. Treten-an-Ort. Leere Kassen. Leere Säle, wo man die Massen erwartet hätte. Verregnete, traurige Demos. Und die bohrende Frage, die sich auch in Erinnerung an ein Pflegeheim stellt, in dem ich eine Gruppe begleitet habe: Warum haben wir zwar vom Streiken gesprochen, aber nicht gewagt, es tatsächlich zu tun?» Annette Hug lässt aber das Positive überwiegen: «Es sind nicht alle wahnsinnig geworden.»



neralstreik. Auch im Stiefel unten geht es um die Anpassung der Löhne und Renten an die Teuerung. **Hoch die internationale Solidarität!** ↑ Ganz ähnlich wie im Tessin, wo – jetzt sind wir wieder live – Michela Pedersini die unmögliche Situation mit dem Spardekret schildert, die in die Demo vom 22. November münden wird.

**VERSPRECHUNG** ♦ Es ist ihr letzter Kongress als Präsidentin: **Katharina Prelicz-Huber** ↓ Katharina Prelicz-Huber verspricht,

dass sie sich im Nationalrat weitere vier Jahre für die Anliegen des VPOD engagieren werde. Und

sticht noch einmal das ganz grosse Fass an: «Unser Kampf wird nicht nachlassen: der Kampf für soziale Gerechtigkeit, für Chancengleich-

heit, gegen Diskriminierung, für Frieden und für eine gesunde Umwelt.»

**ZÄHLUNG** ♦ Pleiten und Pannen, wie sie an früheren Kongressen die **Stimmenauszählung** ↓ begleiteten, bleiben diesmal weitgehend aus. Das liegt an der Umsicht und Disziplin der Zählenden. Aber auch an der Tatsache, dass im Palacinema die Nummerierung der Reihen vorgegeben ist – und zwar mittels Buchstaben!



*Kleinere Statutenänderungen gehen durch – die meisten Sparanträge bleiben chancenlos*

# Verbleib im Premium-Segment

**Die VPOD-Mitgliedschaft darf etwas kosten, weil der VPOD auch etwas bietet: Nicht an der Beitragshöhe, nur an den Austrittsmodalitäten hat der Kongress geschraubt. Und bei der DV, die nur noch zweimal zwingend physisch sein muss. | Text: Christoph Schlatter**



*Stark gefordert (v.l.) Angela Kern und ihre ordnende Hand sowie die Kongressleitung mit Xenia Wassihun, Jorge Serra, Natascha Wey, Aldo Zwikirsch, Cora Antonioli, Katharina Prelicz-Huber, Vanessa Kaeser König und Philippe Martin.*

Die Mitgliederbeiträge sind an jedem Kongress Anlass zu Diskussionen. Es ist unbestritten, dass sie – im Vergleich mit anderen Gewerkschaften und erst recht gegenüber den «Fünfliber-Clubs» – hoch sind. Der VPOD befinde sich im «Premium-Segment», sagte Rudolf Böni (Region Zürich). Und Zoé Bébox (Region Waadt) klagte, es komme immer wieder vor, dass die Enthül-

lung der Beitragshöhe das abrupte Ende von Aufnahmegesprächen darstelle. Die Debatte ging von einem Antrag der Region Waadt aus, der die Koppelung der Verbandsbeiträge an die Teuerung lösen und Anpassungen der Delegiertenversammlung überantworten wollte. Eine klare Mehrheit war dagegen. Die Zentralsekretäre Jorge Serra und Agostino Soldini appellierten an die ökonomische

Vernunft: Eine Gewerkschaft, die von anderen den automatischen Teuerungsausgleich fordert, könne die eigenen Löhne schwerlich einfrieren. Und wenn dann nicht auch die Beiträge – die überwiegende Einnahmequelle des VPOD – mitziehen, entsteht ein Loch. Wer soll es füllen? «Spielt nicht das Spiel jener, die gegen die Indexierung sind»: Die Warnung von Jean-Henri Dumont (Region

## Keine Zeit für Resolutionen

Die Flut von Anträgen beschäftigte den Kongress bis Samstag um 16 Uhr. Für Resolutionen – 21 Vorschläge für solche waren eingegangen – blieb da schlicht keine Zeit, zumal die Heimreise aus Locarno für die meisten Delegierten mehrere Stunden dauerte. Die DV wird sich mit dem Liegegebliebenen beschäftigen. Immerhin drei Resolutionen wurden vom Kongress «abgeräumt» bzw. verabschiedet. Zum einen wurde den Beschäftigten des Kinder- und Jugendschutzes im Kanton Freiburg Solidarität bezeugt, die für mehr Stellen und eine geringere Fallbelastung streiken wollen (siehe auch Seite 8).

Zweitens wurde – am Ende des Kongresses und per Akklamation – die von der (neu:) Fe-

ministischen Kommission vorgeschlagene Resolution «Für unsere Renten in die Offensive gehen» verabschiedet. Sie definiert das Nein zur AHV-Initiative der Jungfreisinnigen und zur BVG-Reform und fordert den maximalen Einsatz für eine 13. AHV-Rente.

Ganz ähnlich, aber umfassender, sagt es auch die Generalresolution, welche die Arbeitsschwerpunkte des VPOD für die kommenden Monate vorstellt. Es erscheint möglich, den ersten AHV-Ausbau seit Jahrzehnten durch die Abstimmung zu bringen – auch wenn dieser eigentlich lediglich verlorene Kaufkraft zurückholt. Überhaupt wird der Kampf um die Kaufkraft der Aktiven und der Pensionierten ein zentrales Element der VPOD-Arbeit 2023/24

(und womöglich darüber hinaus) darstellen. 6,4 Prozent beträgt die seit 2020 aufgelaufene Inflation; die Löhne – auch jene im öffentlichen Bereich – haben mit dieser Entwicklung bei Weitem nicht Schritt gehalten.

Schliesslich liefert der Kongress in dieser Resolution auch ein Rezept gegen den scheinbar unaufhaltsamen Anstieg der Krankenkassenprämien: kurzfristig sind die Prämienverbilligungen auszubauen, nachhaltiger ist die überhaupt einkommensabhängige Finanzierung des Gesundheitswesens. Dabei soll eine öffentliche Einheitskasse die obligatorischen Leistungen finanzieren; eine entsprechende Initiative solle vom Dachverband SGB ausgearbeitet werden, so die VPOD-Resolution. | sft

Wallis) fand am Ende Gehör; die Abkopplung vom Index wurde klar verworfen. Als nicht stufengerecht abgelehnt wurde zudem die Idee aus Neuenburg, Mitgliedern, die sich in Verbandsghremien engagieren, eine Beitragsreduktion zu gewähren.

### Reisende nicht aufhalten

Eine Neuerung beschloss der Kongress mit der Einführung des 30. Juni als zweitem Austrittstermin. Die 6-monatige Kündigungsfrist bleibt. Bisher musste ein Mitglied, das den Austrittswunsch erst im Juli verspürt, 18 Monate lang weiterbezahlen. Vergeblich wehrte sich Michel Berger (Regionalsekretär Bern Städte) gegen das Ansinnen. Der Tenor der Voten lautete, dass man Reisende nicht aufhalten solle und dass ein *zu* strenges Austrittsregime zu Mahnungen, Streichungen und bösem Blut führe. Auch in Konsumentensendungen wie dem «Kassensturz» steht man, sollten das Thema aufs Tapet kommen, mit der neuen Regelung besser da als mit der alten, die eventuell nicht einmal ZGB-konform war.

Ein gewichtiger Teil der Revisionsanträge hatte das Sparen zum Ziel. Darunter der Vorschlag, den Kongress zu verkleinern. Die Beschreibung in den VPOD-Statuten ist nicht auf Anhieb verständlich: «Jede Region hat für je eine Zahl von Mitgliedern, die einem Dreihundertstel (1/300) der Gesamtmitgliedschaft des Verbandes oder einem Bruchteil davon entspricht, eine Delegierte bzw. einen Delegierten abzuordnen.» Der Antrag wollte den Drei- durch einen Zweihundertstel ersetzen, was den Kongress auf 200 Köpfe verkleinert hätte – unabhängig von der Grösse des VPOD. Aber die Mehrheit des 300-köpfigen Kongresses von 2023 wollte davon nichts wissen. Nadège Evans (Region Waadt), Christian Luisier (Region Freiburg), Jean-Henri Dumont (Region Wallis) und Vincent Bircher (Region Genf) sahen die Verbandsdemokratie, die Kohäsion und die Geselligkeit bedroht; fast zwei Drittel des Kongresses folgten ihnen. Wegen Eindeutigkeit noch nicht einmal ausgezählt werden musste die Abstimmung über den Antrag der

Region Bern Städte Gemeinden Energie, den Kongressrhythmus von 4 auf 5 Jahre zu verlangsamen. Abgelehnt!

### Kampf im Hinterzimmer?

Von den gesammelten Sparbemühungen fand nur *eine* im Kongress Rückhalt. Die Häufigkeit der Delegiertenversammlung war bisher mit «in der Regel viermal jährlich» beschrieben. Dem Vorschlag, das auf «mindestens zweimal jährlich in physischer Form» zu begrenzen, erwuchs zunächst rhetorischer Gegenwind. Katharina Turnill (Region Waadt) etwa fand den 3-Monats-Rhythmus unverzichtbar. Der Kongress liess sich dann überzeugen durch ein Votum von Zentralsekretär Christoph Schlatter: «Ihr wollt eine kämpferische Gewerkschaft sein? Kämpferisch ist man aber nicht im Falken-Säli zu Wiedikon, sondern vor Ort!» Junge, bewegungsfreudige Mitglieder blieben *dann* bei der Stange, wenn sie sich in die aktuellen Auseinandersetzungen mischten; man dürfe sie nicht in statischen Ghremien versauern und verstauben lassen.

## Auf in den Kampf!

**Nicht das Rad neu erfinden, sondern die guten Praktiken festhalten: Das ist das Ziel des einhellig verabschiedeten Kongresspapiers. Es verpflichtet den VPOD auf eine kämpferische Linie. Für einmal gab auch wieder der Tätigkeitsbericht zu reden. Und der Finanzbericht! | Text: Christoph Schlatter**

In früheren Jahrzehnten war der VPOD-Tätigkeitsbericht ein heftig umstrittenes Kongresssthema. Ein paar Kongressperioden lang schien er nicht der Rede wert; in Locarno ergab sich jetzt wieder ein Schlagabtausch. Katharina Prelicz-Huber, scheidende Präsidentin, und Natascha Wey, verbleibende Generalsekretärin, nannten in ihrem Rückblick auf die Kongressperiode 2019 bis 2022 den Frauenstreik und die Corona-Pandemie als die zwei herausragenden Ereignisse – auch für den VPOD.

Beide sind mit positiven und negativen Erkenntnissen verbunden: Der Frauenstreik 2019 war ein immenser Erfolg und die grösste Demo in der Schweiz seit 1918. Aber er war, jedenfalls in der Deutschschweiz, hinsichtlich der Mitgliederentwicklung des VPOD nicht so erfolgreich wie erhofft. Und er hätte eine bessere Nachbearbeitung verdient. Die Pandemie

hat nach übereinstimmender Einschätzung Prelicz-Huber/Wey gezeigt, dass der VPOD auch in schwierigen Zeiten funktioniert. Aber die Sympathiewellen, die dem Service public in der Corona-Zeit entgegenschlugen, liessen sich nicht in bessere Arbeitsbedingungen umwandeln.

Der Tätigkeitsbericht wurde dann doch einstimmig – mit einer Enthaltung – genehmigt.

Allzu negativen Deutungen stellte sich Zentralsekretär Agostino Soldini entgegen: Es bestehe kein Anlass für Triumphgeheil, aber es seien doch viele positive Entwicklungen zu beobachten. Nach Ansicht von Quentin Stauffer (Regionalsekretär Genf) hätte der Kongress sogar den Finanzbericht ablehnen sollen, da zu wenig kämpferisch. Dafür fand er aber nur



Wie kämpferisch soll der VPOD sein? Der Kongress stimmt ab...

spärlich Gefolgschaft. – «Das Positionspapier macht in seinem ersten Teil eine Analyse des Ist-Zustands. Der zweite Teil ist eine Charta der Gewerkschaftsarbeit, die den VPOD etwas kämpferischer ausrichtet, als wir es in der Vergangenheit gewohnt waren.» So leitete Generalsekretärin Natascha Wey die Diskussion am Freitagnachmittag ein. Tanja Lantz vom Zen-

tralsekretariat sekundierte: Es gehe nicht um die Neuerfindung des Rads, sondern um Best Practices, die man insbesondere auch durch das Studium anderer Gewerkschaften und ihrer Kampagnen im In- und Ausland herausfinden könne. Laut Julien Eggenberger (Region Waadt) bringt der Text Antworten und Anleitungen, aber keine Wunder.

#### Konflikte bewirtschaften

Tatsächlich war das Wort «kämpferisch» dasjenige, das in dieser Debatte am häufigsten bemüht wurde, vor allem in seiner französischen («combatif») und italienischen («combattivo») Form. Die Exegese wurde dabei beispielsweise an jenem Satz vorgenommen, nach dem der VPOD «eher den Konflikt als den Kompromiss» suche. Jean-Henri Dumont (Region



...und lauscht in unterschiedlichen Andachtsgraden.

Wallis) wollte diese Formulierung streichen: Der Konflikt sei kein Ziel an sich und keine Priorität; wenn sich eine gute Lösung auch ressourcenschonend auf dem Verhandlungsweg erreichen lasse, müsse man nicht zwingend

Das bereinigte, aber gegenüber der Ausgangsfassung der Delegiertenversammlung nicht mehr wesentlich umgebaute Kongresspapier fand schliesslich einhellig Zustimmung – bei 4 Enthaltungen.

eskalieren. Eine Mehrheit sah das anders: Sie will ganz bewusst Streitigkeiten bewirtschaften, sie zum Anlass für Mitgliedergewinnung und gewerkschaftliches Renommee nehmen. So sahen es etwa Vanessa Kaeser König (Landesvorstand), Geraldine Freeman (Region Genf) und Vanessa Monney (Regionalsekretärin Waadt). Letztere befand, der Konflikt sei womöglich kein Ziel – aber mit Sicherheit eine Realität.

Anträge für mehr Ressourcen in Querschnittsaufgaben teilweise gutgeheissen

## Der Kongress bestellt Stellen

Im Gegensatz zu seiner vorherigen Linie bewilligte der Kongress am Samstag – entgegen der Bitte der Generalsekretärin – einige gewichtige Ressourcenanträge. Die Verbandsfinanzen werden durch die zusätzlich angenommene 60-Prozent-Stelle für Migration und durch zwei permanente weitere 50-Prozent-Stellen für feministische Arbeit stark belastet.

Letzterem Ausbau hatte auch schon die Delegiertenversammlung zugestimmt. Und auch der Kongress wollte nichts hören von gegenteiligen Ansichten, selbst wenn sie von Frauen vorgetragen wurden. Dass Esther Lehmann (Region Luftverkehr) zu einer stärkeren Besinnung auf die eigentliche Gewerkschaftsarbeit aufrief, dass Bettina Stüssi (Region Bern Städte Gemeinden Energie) die Zeit gekommen sah, die feministischen For-

derungen jetzt ins Kleinklein von Personalreglementen zu übersetzen – es verhalte ebenso wie der Appell von Sophie Blaser (Region Zürich): «Wir können den Aktivismus nicht ans Sekretariat auslagern.»

#### Emotionale Abstimmung

Die geforderte Migrationsstelle wurde von der Delegiertenversammlung und der Kongressleitung zwar zur Ablehnung empfohlen. Aber Natascha Weys Appell, die

Natascha Weys.



Verbandsfinanzen im Auge zu haben, war ebenso unwirksam wie ihre Bitte, die Tätigkeitsfelder nicht gegeneinander auszuspielen. Zwei bewegende Migrationsbiografien, erzählt von Suat Karavus (Region Aargau/Solothurn) und Naima Cuica (Region

Basel), führten dazu, dass die Abstimmung eher den Charakter einer Willkommensbekundung bekam. In den Hintergrund geriet der eigentliche Antrag für die zentrale Lobbystelle; diese wurde mit 95 zu 64 Stimmen (23 Enthaltungen) gutgeheissen.

In den Augen vieler Mitglieder aus den Handwerksbranchen war dieser lockere Umgang mit Verbandsgeld brüskierend, hatten sie doch *ihr* Anliegen – die Schaffung eines spezifischen, für den Aufbau des VPOD im Handwerk reservierten Fonds – zugunsten einer allgemeineren Formulierung zurückgezogen. Immerhin beschloss der Kongress, in den kommenden Jahren das Handwerk zu einem Fokusbereich im VPOD zu machen.

Abgelehnt wurde ein Vorschlag der Region Tessin, die mittels einer weiteren zentralen Stelle den VPOD-Aufbau in den Verwaltungen vorantreiben wollte. Auch die beantragte Anregung, den SGB zur Auflösung der lokalen Gewerkschaftsbünde zu bewegen, kam nicht durch.



*Impressionen vom Kongress: Stehender Beifall für Katharina Prelicz-Huber, Laudatio für Evelyne Bucherer Romero, Zwischenbesprechung der VPOD-Kommunikationsabteilung – und ein ultimativer Beleg für die weibliche Begabung zum Multitasking. (alle Fotos: Eric Roset)*





Die von Gertrud Kurz (rechts; links: Königin Juliana) gegründete Organisation heisst neu «Frieda».

### Konzernverantwortung, die zweite

Die Konzernverantwortungs-Initiative ist vor 3 Jahren vom Volk angenommen, nur von den Ständen verworfen worden. Damals haben die Gegnerinnen und Gegner mit der Sorge argumentiert, dass sich die

Schweiz mit einem Alleingang ins Abseits begeben. Inzwischen ist klar: Die EU wird in nächster Zeit entsprechende Richtlinien erlassen. Jetzt ist die Schweiz tatsächlich im Off, weil sie ohne solche Regeln dasteht. Die Koalition für Konzernverantwortung bereitet daher eine neue Volksinitiative vor – um daran zu erinnern, dass die Schweiz jetzt gleichziehen muss. | slt/pd

### Fragwürdige deutsche Lokführer

Die deutsche Gewerkschaft der Lokführer (GDL), die ausserhalb des DGB steht, versetzt das mit Schnee und Finanznot ohnehin gebeutelte Deutschland in Sorge: Bahnstreik ausgerechnet zu Weihnachten? Auch in Gewerkschaftskreisen findet das Vorhaben wenig Goodwill. So ist der DGB der Ansicht, die Lokführer versuch-

ten, Partikularinteressen zulasten anderer Bahn-Beschäftigter durchzudrücken. Auch beim Schweizer SEV erntet die GDL Kopfschütteln. So äusserte Hanny Weissmüller, Präsidentin des SEV-Unterverbandes des Lokpersonals, zwar Verständnis für die Problemlage; sie liess aber durchblicken, dass sie die Inanspruchnahme des Streikrechts in dieser Konstellation für allzu leichtfertig hält. | slt

### Aus CFD wurde «Frieda»

Der Christliche Friedensdienst CFD hat sich in «Frieda – die feministische Friedensorganisation» umbenannt. Das Hilfswerk entstand 1938 aus dem Engagement von Gertrud Kurz für jüdische Flüchtlinge und nannte sich zuerst, bezugnehmend auf eine christliche Versöhnungsbewegung aus

## Wirtschaftslektion Brachliegende Frauenpower

In Zeiten des Fachkräftemangels wird händeringend nach brachliegendem Arbeitskräftepotenzial gesucht. Doch was bedeutet das? Ist eine geringe Erwerbsquote von Personen zwischen 65 und 70 ein Zeichen für ungenutztes Potenzial? Soll die Politik versuchen, die Erwerbstätigkeit dieser Gruppe zu erhöhen, zum Beispiel durch ein höheres Rentenalter? Ob die Politik überhaupt tätig werden soll, um den Firmen mehr Personal zuzuführen, ist umstritten. Fachkräftemangel bedeutet, dass Firmen zu den gebotenen Arbeitsbedingungen nicht so viele Arbeitskräfte finden, wie sie wünschen. In einer Marktwirtschaft liegt es jedoch zunächst an ihnen, dafür zu sorgen, dass Leute bei ihnen arbeiten wollen. Wo der Staat als Arbeitgeber auftritt oder die Arbeitsbedingungen durch Regulierung massgeblich beeinflusst, ist auch er gefragt (zum Beispiel im Sozial- und Gesundheitswesen). Des Weiteren kann die Politik die Aufnahme von Erwerbsarbeit durch Rahmenbedingungen beeinflussen. Doch bevor sie die Bevölkerung zu Mehrarbeit zwingt, ist

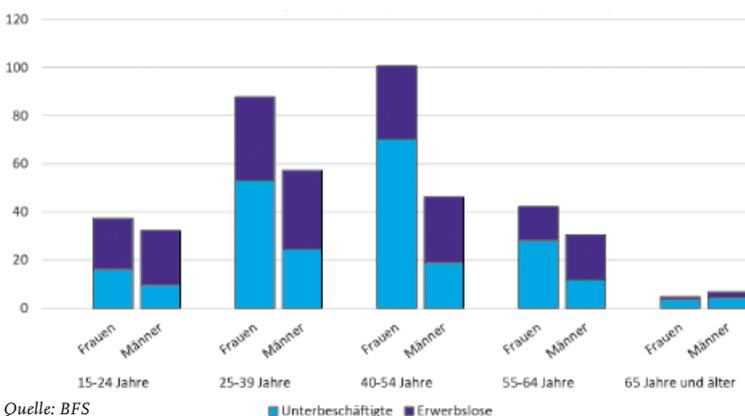
es sinnvoll zu fragen, wer unter den aktuellen Gegebenheiten bereits (mehr) arbeiten will. Und dann die Hürden aus dem Weg zu räumen, die das verhindern.

Auskunft über dieses Potenzial geben Statistiken zu Erwerbslosen und Unterbeschäftigten. Erstere sind Personen, die keine Arbeit haben, aber eine suchen. Letztere haben Arbeit, würden aber gerne ihr Pensum erhöhen. Die Grafik zeigt das so identifizierte brachliegende Arbeitskräftepotenzial aufgeschlüsselt nach Alter und Geschlecht. Eine Gruppe sticht besonders hervor: Frauen zwischen 25 und 54 Jahren. Eine weitere Gruppe, die überproportional häufig erwerbslos oder unterbeschäftigt ist, sind Ausländerinnen und Ausländer (in der Grafik nicht sichtbar).

Bei den über 65-Jährigen gibt es hingegen nur wenige Personen, die (mehr) arbeiten möchten. Überraschend ist, dass auch viele Unternehmen kein gesteigertes Interesse an dieser Altersgruppe zu haben scheinen. In einer Umfrage unter knapp 2000 Personalverantwortlichen sprach sich eine Mehrheit gegen eine Weiterbeschäftigung von Arbeitnehmenden über 65 aus. Lediglich in 25 Prozent der befragten Firmen gibt es konkrete Bestrebungen, älteren Arbeitskräften über das Pensionsalter hinaus eine Weiterbeschäftigung anzubieten.

Es scheint also deutlich sinnvoller zu sein, zunächst einmal die Hürden für die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen und ausländischen Personen abzubauen. Etwa durch die Förderung kostengünstiger Kinderbetreuungsangebote, eine noch aktivere Unterstützung von Arbeitslosen, die Förderung von Weiterbildungsmöglichkeiten oder die Bekämpfung von Arbeitsmarktdiskriminierung. | Daniel Kopp, MTEC ETH Zürich

Personen, die gerne (mehr) arbeiten würden (in 1000)



Frankreich, «Flüchtlingshilfe der Kreuzritter». 1947 kam der neue Name: Christlicher Friedensdienst. Die Ausrichtung bleibe auch jetzt unverändert, teilt «Frieda» mit: Man kämpfe dafür, dass «alle Menschen, besonders Frauen und Jugendliche» gleichberechtigt und frei von Gewalt leben könnten.

| slt (Foto: Joop van Bilsen/Anefo/Wikimedia CC)

## Kriminalisierung in Hongkong

Mitglieder der inzwischen aufgelösten Gewerkschaften Hongkongs haben in der Schweiz auf die katastrophale Situation in ihrer Heimat aufmerksam gemacht. Christopher Siu-tat Mung war Generalsekretär des Hongkonger Gewerkschaftsbundes und lebt, wie viele seiner Kollegen, im Vereinigten Königreich im Exil. In der Heimat kämen Gewerkschafter wie er wegen «Staats-

zersetzung» ins Gefängnis; auf Mung hat die Sicherheitspolizei ein Kopfgeld von umgerechnet 100 000 Franken ausgesetzt. Seit China in der Sonderverwaltungszone via ein Marionettenkabinett die Macht übernommen hat, läuft die Zerschlagung der Gewerkschaftsrechte und der Gewerkschaften in rasendem Tempo ab; dem Regime sind die unabhängigen Organisationen der Arbeiterbewegung per se, aber auch wegen der dort fortlebenden Unabhängigkeitsbestrebung ein Dorn im Auge. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen sitzen in Hongkong in Haft. Bei einem Treffen mit dem SGB und im Dialog mit dem Seco haben die Gewerkschafter über die Lage in Hongkong und in China berichtet; das Seco hat die dortigen Zustände mit einem ungewöhnlich scharfen Communiqué angeprangert und dabei



Massenproteste in Hongkong: Das Regime hat sie aufgelöst und die Gewerkschaften verboten.

sowohl auf die Existenz von Zwangsarbeit (namentlich in der uigurischen Provinz Xinjiang) als auch auf die Missachtung grundlegender Arbeitsnormen im gesamten Land und namentlich in Hongkong aufmerksam gemacht. | slt (Foto: Studio Incenso/Wikimedia CC)

## Wer war's? Wer hat's erfunden

Das Leben ist nicht gerecht. Nicht alle Menschen, die Wegweisendes erfunden haben, können den zugehörigen Ruhm ernten, geschweige denn finanziellen Erfolg. Auch sind diejenigen, die im Lexikon stehen, nicht in jedem Fall die mit dem initialen Geistesblitz. James Watt beispielsweise war keineswegs der erste, der eine Maschine erfand, die den Druck erhitzten Wasserdampfs in Bewegung umwandelt. Schon Heron von Alexandria hatte im 1. Jahrhundert u. Z. den Gedanken; sein Heronsball blieb indes Spielerei.

1500 Jahre später beschrieb der osmanische Gelehrte Taqī ad-Dīn den Dampfantrieb für einen Grilldrehspiess: Döner Kebab konnte kommen! Thomas Savery und Thomas Newcomen bauten um 1700 in England Apparate, mit denen sich das beim Bergbau entstehende Grubenwasser in Schach halten liess. Watts Patent Nr. 913 von 1769 fällt aber bereits unter Produktoptimierung. Auch beim Reissverschluss ist die Lage unübersichtlich. Das Grundprinzip ist zwar bereits den ersten Versionen um die Mitte des 19. Jahrhunderts eigen. Praxistauglich wurde die Schliessmethode aber erst durch den Schweden Gideon Sundbäck und den Schweizer Martin Winterhalter – unter dem Namen Riri (für «Rippen und Rillen»). Dass Winterhalter traurig in der Psychiatrie endete, steht auf einem anderen Blatt. (Gar nicht wahr: Es steht genau hier, auf Seite 23.)

Das eigentliche Thema ist aber ein wintersportliches. Es geht um die erfolgreichste Eiskunstläuferin der Schweiz. Nein, nicht um Stéphane Lambiel, sondern um Denise Biellmann. (Die ist demnach nicht die Gesuchte.) Vielmehr gilt das Rätsel einer etwas älteren Eislaufkollegin, die sich selbst als Urheberin jener berühmten Pirouette sah, die heute Biellmanns Namen trägt (und die nur selten von Männern dargeboten wird, vielleicht weil diese weniger zur Kontorsion begabt sind oder weil sie eine zu arge Exposition ihrer Kronjuwelen fürchten). Nämlich: Fuss Nr. 1 kurvt auf dem Eis, Fuss

Nr. 2 irgendwo hoch über Kopf; letzterer wird mit beidhändigem Griff an die Kufe des Schlittschuhs am Davonfliegen gehindert.

Denise Biellmann wertet die von Frau X. gezeigte Pirouette als «Vorstufe». Nur ihre Variante mit dem fast vollständigen Spagat sei die echte. Wie auch immer: Der Vorläuferin blieb der ganz grosse Triumph versagt; sie wurde dreimal Schweizer Meisterin und einmal EM-Dritte. Noch vor dem 20. Geburtstag musste sie ihre sportlichen Ambitionen wegen einer Diabetes-Erkrankung begraben. Später bezog sie IV und starb – trotz Pankreas- und Nierentransplantation – mit 53 Jahren einsam. Das Leben ist nicht gerecht. Vor- und Nachname der Erfinderin bitte einsenden; es gibt Büchergutscheine zu gewinnen (100, 50, 20 Franken). Die Postadresse: VPOD Zentralsekretariat, Wer war's?, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich. Mailadresse: [redaktion@vpod-ssp.ch](mailto:redaktion@vpod-ssp.ch). Einsendeschluss: 26. Januar. | slt

### Es war Adolf «Adi» Dassler

Der Begründer der Sportschuh- und -bekleidungs-marke Adidas hiess Adolf «Adi» Dassler (1900–1978); der Markenname ist demnach ein Akronym. Das Konkurrenzunternehmen des ungeliebten älteren Bruders Rudolf müsste folgerichtig Rudidas heissen, ist aber als Puma berühmt geworden. Beide Unternehmen – mittlerweile Weltkonzerne – haben ihren Sitz im kleinen fränkischen Städtchen Herzogenaurach. Adidas verdankt den Boom unter anderem der Fussball-WM von 1954, wo es die siegreiche deutsche Mannschaft ausstattete («Das Wunder von Bern»). Der auf die nächste Generation vererbte Zwist der Brüder war Anlass zu mehreren Filmen. Mit Büchergutscheinen (und nicht wie teilweise durch Angabe der Schuhgrösse suggeriert, mit Sneakers) haben wir Thomas Kohler (Münchenstein), Rosemarie Stampfli (Zürich) und Béatrice Baumgartner (Basel) bedacht. | slt

## Delegiertenversammlung des Verbandes vom 16. November 2023

Die VPOD-Delegiertenversammlung hat im Palacinema in Locarno getagt und hat

- das Budget 2024 der allgemeinen Verbandsrechnung genehmigt und damit auch die Aufteilung der Verbandsbeiträge (80 Prozent zugunsten der allgemeinen Verbandsrechnung, 20 Prozent zugunsten des Finanzierungsfonds) gutgeheissen. Das Budget sieht ein gegenüber der aktuellen Situation vermindertes Negativergebnis vor: Das Betriebsdefizit ist mit 629 750 Franken praktisch halbiert und kann bei einem erwartbaren «normalen» Betriebsertrag bis auf 263 750 Franken aufgefangen werden.
- vom Finanzplan 2025/26 Kenntnis genommen.
- den anderntags beginnenden VPOD-Kongress weiter vorbereitet. Dabei hat die DV die unbestrittenen Anträge stillschweigend zur Genehmigung empfohlen. Die Debatte wurde nur zu Anträgen geführt, die entweder vom Landesvorstand oder aus der DV heraus bestritten wurden.

*Natascha Wey, Generalsekretärin*

## VPOD-Kongress vom 17./18. November 2023

Eine Kurzversion des Beschlussprotokolls mit den Entscheidungen des Kongresses zu Statuten, Verbandsbeiträgen und den Ergebnissen der Wahlen befindet sich unter [www.vpod.ch/kongress](http://www.vpod.ch/kongress) im Internet. Im Januar werden das vollständige Protokoll und die neuen Statuten dort aufgeschaltet.

## Verbandskonferenz Wartung und Reinigung sowie Bau Land Forst

Die beiden Verbandskommissionen Wartung und Reinigung sowie Bau Land Forst planen für 2024 eine gemeinsame Verbandskonferenz. Das Datum kann bereits vorgemerkt werden: Die Konferenz findet am Freitag, 6. September, in Schaffhausen statt. Am Vortag (Donnerstag, 5. September) werden – ebenfalls in Schaffhausen – Sitzungen der jeweiligen *Kommissionen* abgehalten. Die eigentliche Konferenz sieht gemeinsame Blöcke, aber auch je eine war-

tungs- und eine bau-/land-/forstwirtschaftlich spezifische Aktivität vor. Im Einklang mit dem Kongressbeschluss, die handwerklichen Branchen im VPOD wieder verstärkt in den Fokus zu nehmen, freuen sich die zuständigen VPOD-Zentralsekretäre über eine rege Teilnahme.

*Briefe aus der Mitgliedschaft*

### Man bleibt doch ein Mensch

Die Pflegefachkräfte in unserer schönen Schweiz müssen endlich verstehen, warum es den VPOD gibt und braucht. Ich wurde von der Gewerkschaft in der schwersten Lage meines bisherigen Daseins begleitet. Ich bin – nach über 30 Jahren als Pflegefachmann – krank geworden und fand Unterstützung und Begleitung. Der VPOD hat mir in einem langen Prozess Hoffnung gegeben, bis endlich der Bescheid von der IV kam. Mitglieder und vor allem Nochnichtmitglieder sollten das wissen: Dieser einzigartige Verband ist für uns Arbeitnehmer da, er begleitet, vertritt und schützt uns – auch dann, wenn einen der Arbeitgeber fallenlässt, weil man nicht mehr nach seinen Vorstellungen und Erwartungen funktioniert. Man bleibt doch ein Mensch. Man hat doch Rechte. Diese schützen wir gemeinsam mit der Gewerkschaft, in unserem Fall: dem VPOD.

*Fadil Aaron Maksutaj,  
VPOD-Mitglied, Wald (AR)*

### Rote Köpfe

Um ein Haar hätte sich der VPOD nach dem Nobelpreis – 2017 an den Kollegen Jacques Dubochet – auch wieder einmal einen Schweizer Buchpreis gutschreiben lassen können. Der Aargauer Schriftsteller **Christian Haller**, der die Auszeichnung in diesem Jahr gewonnen hat, war über Jahrzehnte und bis vor Kurzem Mitglied unserer Gewerkschaft. Der Preis galt der Erzählung «Sich lichternde Nebel» – und ein wenig wohl auch dem Lebenswerk des mittlerweile 80-Jährigen, der für die NZZ ein «Philosoph der existenziellen Unsicherheit» ist. Aus dem VPOD ausgetreten ist Christian



Haller wegen der ablehnenden Haltung der Gewerkschaften zum EU-Rahmenabkommen, die er für naiv hält. Trotzdem und erst recht: Herzlichen Glückwunsch!

Die ehemalige VPOD-Zentralsekretärin **Annette Hug** war nicht nur am VPOD-Kongress als kluge Kommentatorin und Reflektorin gewerkschaftlichen Treibens präsent. Derartiges

fliessen auch immer wieder ein in ihre zweiwöchentliche Kolumne in der WOZ. In diesem Rahmen gedachte die Schriftstellerin jüngst (am 9. November) auch Jakob Hauris, der im gleichzeitigen *VPOD-Magazin* (November) mit einer Reportage über die Hauswartprüfung («Köbis letzte Prüfung») gewürdigt wurde. Die Kollegin entsinnt sich Hauris Anweisung, jedem Protokoll der Verbandskommission Wartung und Reinigung Brechts Gedicht «Fragen eines lesenden Arbeiters» voranzustellen. Im selben Text kommen weitere Reminiszenzen an die Gewerkschaftszeit vor; so erinnert sich Hug «an grauenhaft mühsame Konflikte zwischen eigentlich befreundeten Gewerkschaften» und an «stupide Konflikte um Zuständigkeiten, die einem das Engagement für immer verleiden könnten». Wir haben keine Idee, wovon die Kollegin an dieser Stelle spricht.

«Wer baute das siebentorige Theben? / In den Büchern stehen die Namen von Königen. / Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?» So beginnt das oben erwähnte Gedicht von Bertolt Brecht. Es liesse sich ergänzen: Wer organisierte den VPOD-Kongress? Im *VPOD-Magazin* stehen die Namen von Präsidentinnen und Zentralsekretären... Es fehlt:

**Angela Kern**, die die Stabstelle bei der Generalsekretärin besetzt und die im Vorfeld und am Kongress selbst eine enorme Last trug mit der Aufbereitung und Bereitstellung der richtigen Dokumente in richtiger Version zur rechten Zeit. Dass sie auch unter Belastung stets freundlich und ansprechbar bleibt, ist ein besonders geschätzter Vorzug der Kollegin. | *slt* (Fotos: Marita Höckendorff, Florian Bachmann, Eric Roset)



Die Kündigung wurde nicht zurückgezogen, aber Kollege F. fand schnell eine neue Stelle

# Auf die Füsse gefallen

Weil sich Kollege F. für einen höheren Lohn wehrte, der ihm gemäss GAV zustand, wurde ihm gekündigt. In einer aussergerichtlichen Einigung wurde dank dem VPOD eine Lösung gefunden. Und F. hatte bereits einen neuen Job. | Text: Sabine Braunschweig (Foto: Nataliia Pyzhova/iStock)

Darf man Mitarbeitenden kündigen, wenn sie sich für ihre Rechte einsetzen und Lohnforderungen stellen? Offensichtlich war ein Mobilitätsclub dieser Ansicht. Kollege F., der vor einiger Zeit in den VPOD eingetreten war, arbeitete dort seit vielen Jahren. Er beriet und informierte Hilfesuchende und half «liegendebliebenen» Verkehrsteilnehmenden aus der Bredouille. Auch erste Hilfe an Unfallstellen gehörte zu seinen Aufgaben – eine anspruchsvolle Arbeit mit Schichtbetrieb.

## Grosse Lohnunterschiede

F. fand heraus, dass unter seinen Berufskollegen und wenigen -kolleginnen grosse Lohnunterschiede bestanden. So war er mehrmals bei seinem Vorgesetzten vorstellig geworden, um eine Lohnerhöhung einzufordern. Denn der GAV sah bei mindestens genügender Leistung grundsätzlich eine jährliche Lohnerhöhung vor.

Als er erneut das Gespräch suchte, erhielt er keine formelle Antwort, aber – Überraschung! – einen Monat später die Kündigung. Der Arbeitgeber attestierte ihm zwar eine langjährige tadellose Arbeitsleistung, warf ihm aber betreffend der Lohnforderung «unkooperatives» Verhalten vor. Beim VPOD erhielt F. Rechtsschutz: Es galt zu prüfen, ob es sich um eine missbräuchliche Kündigung handle. Dies bestritt der Arbeitgeber. Die Kündigung sei wegen des allgemeinen Betragens erfolgt.

F. habe immer wieder seine Unzufriedenheit und sein Misstrauen gegenüber dem Arbeitgeber geäussert, habe sich negativ

aufgeführt und schlechte Stimmung verbreitet. Die nötige Vertrauensbasis sei so stark gestört gewesen, dass eine weitere Zusammenarbeit aus Sicht des Arbeitgebers nicht mehr möglich sei. Dieser hielt an der Kündigung fest und wies die Rüge der Missbräuchlichkeit zurück.

## Untadeliges Verhalten

Gegen diese Vorwürfe hielt der hinzugezogene VPOD-Vertrauensanwalt fest, dass die Kündigung erfolgt sei, weil F. im Rahmen des GAV einen Antrag auf Lohnerhöhung gestellt hatte. Die Mitarbeiterbeurteilung vom vorherigen Jahr bewertete die Arbeit von F. als gut. Das zeige, dass F.s Leistung und Verhalten untadelig waren und keine Begründung für eine Kündigung liefern konnten. Wenn der Arbeitgeber die Kündigung, die missbräuchlich sei, nicht zurückziehe, habe dies eine Entschädigung von maximal 6 Monatslöhnen zur Folge, schrieb der Anwalt in seinem Schlichtungsgesuch. Weiter widerspreche das ausgestellte Arbeitszeugnis dem Grundsatz, wonach es

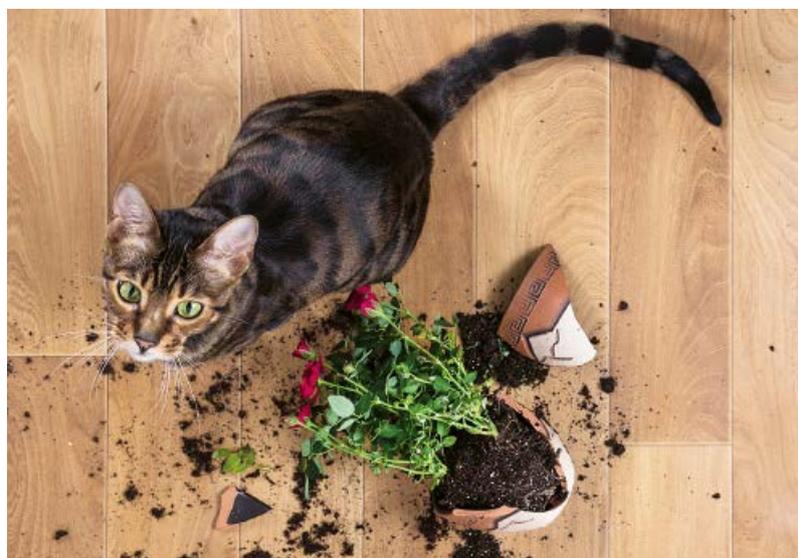
«wahr, fair und wohlwollend» zu sein habe. Es enthalte zweideutige Formulierungen, ohne dass klar gemacht werde, ob das Zeugnis bewusst codiert oder uncodiert abgefasst wurde. Es widerspreche auch der Mitarbeiterqualifikation, die F. erhalten hatte. Mit solchen Begründungen ersuchte der Anwalt um eine Schlichtungsverhandlung. Doch diese fand am Ende nicht statt.

## Sofort eine neue Stelle

Im Rahmen des Schlichtungsverfahrens offerierte der Mobilitätsclub ein verbessertes Arbeitszeugnis auf der Grundlage von F.s Vorschlag und eine Zahlung von einem Monatslohn. F. nahm in Absprache mit dem Anwalt diesen aussergerichtlichen Vergleich an, nicht zuletzt weil er bereits wieder eine Arbeitsstelle gefunden und somit keinen Lohnausfall erlitten hatte. Die Schlichtungsbehörde schrieb das Verfahren ab. Ob der Mobilitätsclub heute bedauert, in Zeiten des Fachkräftemangels einen ausgewiesenen Fachmann entlassen zu haben, steht auf einem anderen Blatt.

*Kleiner Kollateralschaden, aber Katzen und VPOD-Mitglieder fallen fast immer auf die Füsse.*

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.



Leiharbeit in Chinas Elektronikfabriken: Hiesige Detailhändler müssen sich kümmern

# Schuften bis zum Umfallen

**Tiefe Löhne, massive Überstunden, kaum Pausen – hinter der Hightech-Welt von Elektronikprodukten in Schweizer Läden stehen unmenschliche, geradezu archaische Produktionsbedingungen. Die hiesigen Detailhändler können die Verantwortung nicht einfach abgeben.** | Text: Christian Eckerlein, Kampagnenverantwortlicher (Bild: Spinax Civil Voices)

«Ich hatte zehn Yuan (1.25 Franken) Stundenlohn, und jeden Tag gab es obligatorische Überstunden. Nach drei Arbeitstagen erhielt ich eine Lohnkürzung, weil meine Arbeit den Zielen nicht genügte. Jeden Tag arbeitete ich 14 bis 15 Stunden, mit nur einer halben Stunde Mittags- und Abendessenspause. Ich hatte keine andere Wahl, als selbst zu kündigen. Jetzt reicht mein Geld nicht einmal mehr, um nach Hause zu fahren.» Solche und ähnliche Berichte findet man hundertfach in Online-Foren, wo sich Arbeiterinnen und Arbeiter über ihre Erfahrungen an den Fließbändern der Elektronikfabriken austauschen.

## Mit Prämien geködert

Obwohl die grossen Marken Teile ihrer Produktion in andere Länder wie Indien oder Vietnam verlagert haben, ist China (noch) der Hotspot für die globale Elektronikproduktion: 57 Prozent aller weltweit

gehandelten Smartphones und etwa die Hälfte aller Computer werden hier hergestellt. Und zwar in Megafabriken mit bis zu 300 000 Angestellten. Gerade im Vorfeld neuer Geräte-Releases, aber auch im Hinblick auf das Weihnachtsgeschäft, das mit dem Black Friday eingeläutet wird, bedeutet dies Arbeitszeiten von 250 Stunden und mehr pro Monat.

Eine aktuelle Recherche von China Labor Watch im Auftrag von Solidar Suisse gibt einen Einblick in die Arbeitsrealität bei verschiedenen Fabriken, die Apple, Samsung, Sony, Huawei & Co beliefern. Viele der aufgedeckten Probleme – tiefe Grundlöhne, extreme Überzeiten, die Ausnutzung von Menschen durch sogenannte Praktika – sind hinlänglich bekannt. Neu ist jedoch, dass die Fabriken inzwischen den grössten Teil ihrer Beschäftigten auf Leiharbeitsbasis einstellen. Man nennt es auch «Gig Manufacturing»: Arbeitsvermittlungsgesellschaften locken mit hohen Boni, aber die Tages- und Wochenpensen sind kaum zu schaffen. Mit der Folge, dass Arbeiterinnen und Arbeiter bis zur Erschöpfung arbeiten, um die Prämien doch noch zu erlangen. Oftmals haben Angestellte während Wochen keinen freien Tag. 14-Stunden-Tag folgt auf 14-Stunden-Tag – und alles in einer Atmosphäre voller Druck und Stress. Beschimpfung und Bestrafung durch Vorgesetzte sind an der Tagesordnung, auch sexuelle Belästigung ist allgegenwärtig – meist ungeahndet.

Da Leiharbeitsverträge meist auf wenige Monate befristet

sind, können sich die Fabriken der so Angestellten ohne Probleme entledigen, wenn die Aufträge zurückgehen. Viele verlassen die Fabrik aber von sich aus, da sie die langen Schichten und das extreme Arbeitstempo nicht durchhalten.

Fließbandjobs in Elektronikfabriken sind gerade wegen der Boni durchaus begehrt. Doch sie sind Teil eines Arbeitsregimes, das vom Auf und Ab des globalen Elektronikmarktes geprägt ist und das einzig und allein zum Ziel hat, möglichst viel Produktivität zu möglichst geringen Kosten aus den Arbeitskräften herauszupressen.

## Transparenz? Fehlangeige!

Unterhaltungselektronik gehört hierzulande zu Jahresende zu den absoluten Verkaufsrennern. Konfrontiert mit den Realitäten in asiatischen Fabriken, wollte Solidar Suisse wissen, wie verantwortungsvoll und transparent die bekanntesten Schweizer Elektronik-Retailer sind, wenn es um die Produktionsbedingungen der beliebten Tech-Gadgets geht. Denn bei Elektronikprodukten sucht man meist vergeblich nach Hinweisen zu sozialen oder ökologischen Kriterien. Unsere Recherche zeigt, dass es grossen Nachholbedarf gibt. Kaum ein Unternehmen hat Richtlinien für die Lieferkette. Und wenn doch, lässt sich von aussen nicht überprüfen, ob diese eingehalten werden.

Deshalb fordern wir mit einer Petition Digtect, Microspot, Brack und Co. auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Sie müssen mehr unternehmen, damit die elektronischen Produkte in ihrem Angebot nicht unter Ausbeutung von Menschen und Umwelt hergestellt wurden. Mehr Transparenz wäre ein wichtiger erster Schritt dazu. Die Petition kann unter [solidar.ch/electronics](https://solidar.ch/electronics) unterschrieben werden.

Der Black Friday läutet das Weihnachtsgeschäft ein – in Chinas Elektronikfabriken bedeutet das unmenschlichen Stress.



Daniel Kaiser, Leiter Hausdienst und Technik an der Schule Grünau, Zürich-Altstetten

# Gefühlte Insellage

Oft fast mehr mit Formularen als mit Menschen ist ein heutiger Hauswart beschäftigt. An der Zürcher Primarschule Grünau wirkt Daniel Kaiser aber durchaus auch kraft seiner Präsenz und Persönlichkeit. Und seiner Oberarmmuskulatur. | Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)

«Ungefähr 70 Prozent», sagt Daniel Kaiser auf die Frage, welchen Anteil die Arbeit am Computer in seiner Tätigkeit als LHT – als Leiter Hausdienst und Technik am Zürcher Schulhaus Grünau – einnimmt. Wir steigen gleich in die Praxis: Es gilt, Reinigungsmittel zu ordern im von der Stadt Zürich geführten Internet-Einkaufsladen. Ausserdem bunte Mikrofasertücher, deren Farbe das Einsatzgebiet definiert: Rot für den gruusigen Bezirk im und am Klo, gelb für die übrigen Flächen im Sanitärbereich, blau für die Klassenzimmer. Wir benötigen auch Nachschub von jenem Mittel, mit dem sich Graffiti und Filzstiftschmierereien von Oberflächen wegmachen lassen. Die ersten Bestellungen gehen glatt, aber der Kritzeleientferner ist im Shop trotz intensiver Suche nicht zu finden.

## Hinter der Chinesischen Mauer

Die telefonische Recherche ergibt: Die Stadt Zürich hat ihn zugunsten eines eigenen Produktes aus dem Sortiment genommen. Aber wo bekommt man denn nun diesen neuen Zaubersaft? Weitere Detektivarbeit ist erforderlich. Das Beispiel zeigt, womit sich ein Schulhauswart anno 2023 herumschlagen muss. Auch die Arbeitszeitkontrolle oder die Führung der Mitarbeitenden – worunter die eigene Gattin als Fachfrau Betriebsunterhalt – verlangen das Befüllen zahlreicher Formularzeilen und -spalten. Aber ein Hauswart mit eidgenössischem Fachausweis ist für derartige Herausforderungen gewappnet. Daniel Kaiser hat sich ausserdem, in 15 Jahren vor Ort, eine natürliche Autorität erworben. Vorab mit Freundlichkeit. Das Primarschulhaus Grünau mit Kindergärten, Sporthalle und Schwimmbad wurde



Der grösste Teil ist Administration: Daniel Kaiser leitet den Hausdienst an der Stadtzürcher Grünau-Schule.

in den 1970er Jahren erbaut, genau wie der «Chinesische Mauer» genannte Hochhausriegel, aus dem ein guter Teil der multikulturell zusammengesetzten Schülerschaft kommt. Weitere Grosswohnbauten sind jüngerer Datums, haben aber nichts an der gefühlten Insellage des Quartiers zwischen Fluss und Autobahn geändert. Dessen Bevölkerung vermehrte sich jenseits aller Prognosen so stark, dass schon 1990 ein zusätzliches Stockwerk mit weiteren Klassenzimmern auf das bisherige Schulhausflachdach gesetzt werden musste. Ein Blickfang – und ebenfalls sehr «Seventies» – ist die geschwungene rot-gelb-blaue Betonskulptur im Aussenbereich, die als idealer Hintergrund für stylische Modeshootings gilt.

## Sicherheit bedenken

«Aber bitte nicht während des Schulbetriebs!»: Daniel Kaiser verteidigt sein Areal gegen überzogene Bedürfnisse von aussen – aber nicht verbissen, sondern mit Augengmass. Vielleicht hilft ihm dabei ein wenig,

dass er fast eine Arnold-Schwarzenegger-Figur und jedenfalls einen bewundernswerten Bizeps hat. Der beruhe allein auf Quark, Bananen, ein paar gebratenen Poulets und jahrzehntelangem Training (und nicht auf Anabolika), betont er. Zum Glück ist die blaue «Stadt Zürich»-Dienstkleidung auch in seinem Format erhältlich. Es besteht keine Verpflichtung, sie zu tragen, aber der Kollege tut es gern. Erstens, weil er sich so die morgendliche Frage «Was ziehe ich heute an?» vom Hals hält, und zweitens, weil dann ersichtlich ist, wann er im Dienst und wann er Privatmann ist. Für jemanden, der auf der Anlage selbst wohnt, ein nützlicher Hinweis.

In einem knappen Jahr wird auch in der Grünau auf Tagesschulbetrieb umgestellt. Der zusätzlich benötigte Raum entsteht durch Umwidmung – und durch die intensivere Nutzung der Terrasse. Wäre es nicht schön, wenn Pflanzen dort Schatten böten? Gerade in den heissen Sommern? Diesen Wunsch aus dem Team kontert Daniel Kaiser mit der Frage, wer die Kulturen dann hegen, pflegen, wässern und überwintern soll – ein Zusatzaufwand, der in keinem Pflichtenheft steht. Er plädiert für eine technische Lösung mit ausfahrbaren Markisen. Skepsis gegenüber allzu wildem Neuerungsdrang ist aber nicht seinem (durchaus neugierigen) Naturell, sondern seiner Rolle geschuldet. So wurde den LHT etwa die Zuständigkeit für die Sicherheit aufgebürdet. Die Idee, Mobiliar in den Fluren zu platzieren, führt beim Kollegen daher zu sofortigem «Fluchtwege freihalten»-Reflex. Die feuerpolizeiliche Richtlinie verlangt das. Und an der richtigen Stelle muss man auch mal stur sein können.



HOTEL RISTORANTE  
**i GRAPPOLI**



## FROHE WEIHNACHTEN

Die Direktion und das Team i Grappoli  
wünschen frohe Weihnachten und einen  
guten Rutsch ins neue Jahr!



Hotel Ristorante i Grappoli • 6997 Sessa • Tel. 091 608 11 87 • [info@grappoli.ch](mailto:info@grappoli.ch) • [www.grappoli.ch](http://www.grappoli.ch)

AZB Postfach, 8036 Zürich



«Wer übernimmt  
die Kosten für die Delle  
an meinem Auto, wenn  
der Verursacher  
nicht zahlt?»

Jetzt Multi Rechtsschutz  
abschliessen für nur Fr. 138.–  
für vpod-Mitglieder!

[www.vpod.ch](http://www.vpod.ch)

vpod  ssp

### Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretärin: Natascha Wey

Redaktion: Christoph Schlatter | slt

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat  
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich  
Postfach, 8036 Zürich  
Telefon 044 266 52 52  
[redaktion@vpod-ssp.ch](mailto:redaktion@vpod-ssp.ch)  
[www.vpod.ch](http://www.vpod.ch)

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:  
Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: rund 18000 Exemplare

Anzeigenregie:  
VPOD-Zentralsekretariat  
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich  
Postfach, Telefon 044 266 52 52  
[hilde.bigler@vpod-ssp.ch](mailto:hilde.bigler@vpod-ssp.ch)

Platzvorschriften unverbindlich

